

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Bestellung im Voraus für Groß-Vertrieb
12.- M., im Voraus zahlbar, von der Expedition ist ein Abheft 4.50 M. für Groß-
verkauf nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Berücksichti-
gung des Deutschen und Österreichs 14.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M.
Inländischer Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30.- M.
Abbestellen, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Breite Straße 20.

Die abgesetzten Nummernblätter oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich
Zerlegungsgeld. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.- M., jedes weitere
Wort 1.50 M., einschließlich Zerlegungsgeld. Volante Anzeigen laut Tarif.
Anzeigenblätter und Stellen-Angebote 1.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote
in Wort-Anzeigen das fertige Blatt 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4625, 4640, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die amerikanische Wirtschaftskrise

Das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten von Nordamerika steht gegenwärtig unter den Wirkungen einer schweren Stagnation, die immer weitere Kreise zu ziehen scheint und alle Erscheinungen einer trübenhaften Erschlüpfung aufweist. Während das Jahr 1919 und die ersten Monate des laufenden Jahres noch im Zeichen einer sehr günstigen nachkriegsrischen Konjunktur standen und die Nachfrage nach Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren fürmischen Charakter aufwies, ist im Frühjahr — von Japan ausgehend — die erste beachtenswerte Verschlechterung der Lage eingetreten, die zeitlich ungefähr mit der Besserung der deutschen Valuta und dem Beginn der deutschen und allgemein-europäischen Krise zusammenfiel. Wenn wir den bestimmenden Ursachen dieser Erscheinung nachgehen, so zeigt sich, daß auch hier die gleichen Gründe wirksam gewesen sind, die stets zur Auslösung einer wirtschaftlichen Krise innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu führen pflegen: Ueberproduktion und mangelnde Aufnahmefähigkeit der Märkte. Es klingt zunächst paradox, daß man von einer Ueberproduktion spricht, während es feststeht, daß die produktive Leistung fast aller Völker gesunken ist, die Läden der Warenbestände durch einen diesjährigen Krieg sehr umfangreich geworden sind und empfindlicher Mangel an den notwendigsten Gebrauchsgütern übereinstimmendes Kennzeichen von Millionen proletarischer Familien ist. Wenn wir uns aber vor Augen führen, daß die Frage des tatsächlichen Bedarfs in der bestehenden Wirtschaftsordnung niemals allein aus der schlaggebend für die Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Produktion sein kann, vielmehr nur dann, wenn die ausreichende Kaufkraft mit ihm verbunden ist, so wird unser Augenmerk auf den Zusammenbruch der internationalen Kaufkraft als einer der entscheidenden Ursachen der wirtschaftlichen Erschlüpfung Amerikas gelenkt. Es ist bei Gelegenheit der deutschen Krise im Frühjahr und Sommer wiederholt an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, wie sich aus den Verhältnissen unserer Wirtschaft heraus, aus dem Sinken der Kaufkraft — die sich in der Minderung des Realeinkommens aller Festbesoldeten besonders deutlich ausgedrückt hat — die Verringerung der Nachfrage ergeben mußte, die im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Nachlassen der ausländischen Bestellungen zur Stilllegung zahlreicher Unternehmungen, zur Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit geführt hat.

Amerikas Wirtschaft ist auf einen bedeutenden Export eingestellt. Im Laufe der Kriegsjahre ist in fast allen Industrien eine sehr beträchtliche Steigerung der Produktionsmöglichkeit herbeigeführt worden. In der Textilindustrie sind Wollen-, Baumwollen- und Seidenwebereien teilweise neu errichtet, teilweise wirkungsvoll zuweverneuert und ausgestattet worden. Die Erhöhung der Produktion an Textilwaren der verschiedensten Art erfolgte auf Grund der großen Bestellungen der amerikanischen Regierung und der Alliierten für die Ausstattung der in Europa kämpfenden Armeen. Durch die lebhafteste Nachfrage, die kurz nach dem Abbruch des Waffenstillstandes eintrat, wurde der Spekulationswille weiter angeregt und der an naturgemäß zu besonders heftigen Rückschlägen gerade auf dem Markt der Textilprodukte und der Rohmaterialien für den Export. Während die amerikanischen Baumwollfarmer sich noch im Frühjahr in dem Gedanken wiegten, die verringerte Nachfrage und der um etwa vier Millionen Ballen gegenüber 1913 geminderte Ertrag werde es ihnen erlauben, über einen Preis von 55—60 Cent für das Pfund Baumwolle durchzuführen, ist der Preis innerhalb weniger Monate — Juli gesehen, ist der Preis innerhalb weniger Monate — Juli gesehen, Ende November — von über 40 auf 15—16 Cent gesunken. Der Preissturz in Textilwaren ist dementsprechend tief. Wie auch die Bruttoerlöse in den Zahlen zeigen — besonders groß und der Absatz stößt so sehr, daß immer neue Betriebsstilllegungen, Schwierigkeiten und Konturfe vor kommen.

Zu den Unternehmungen, die gleichfalls sehr stark unter diesen Verhältnissen leiden, gehören auch die Automobilfabriken. Die Autoindustrie Amerikas hat gerade in den letzten Jahren eine Entwicklung durchgemacht, von der man weitgehenden Nationalisierung des Produktionsprozesses, der Typisierung und Serienherstellung hat sich die produktive Leistung der Industrie auf ein Vielfaches erst 25 000 Lastkraftwagen hergestellt, 1919 bereits über 300 000, während die Produktion von Personwagen von 1/2 auf fast 1 1/2 Millionen Stück stieg. Zurzeit arbeitet in der nordamerikanischen Automobilindustrie nebst den mit ihr eng verbundenen Nebenindustrien ein Kapital von etwa 4 1/2 Milliarden Dollar, was am heutigen Kurse der Markt

Nichts für die Kinder der Armen

Kirche hui, Schule pfui!

Ein Kapitel aus der preussischen Kulturpolitik
Im Hauptauschuß der preussischen Landesversammlung verhandelt man jetzt den Haushaltsplan für Kultus, Wissenschaft und Volksbildung. Am Freitag und Montag stand das Kapitel Volksschule zur Verhandlung. Vorher besaß sich noch das Zentrum, sein Schatz ins Trodene zu bringen. Es stellte den Antrag, die Staatsregierung zu ermächtigen, die zu Kapitel 115 vom Finanzminister zugestanden Besoldungserhöhungen für katholische Geistliche vom 1. April 1920 an zu zahlen. Es handelt sich hierbei um die Erhöhung der Gehälter der Erzbischöfe und Bischöfe. Nach den neuen Sätzen erhalten:

Der Bischof von Ermland	statt bisher 24 000	jetzt 51 000 M.
Der Bischof von Breslau	statt bisher 36 000	jetzt 72 000 M.
Der Bischof von Hildesheim	statt bisher 24 000	jetzt 51 000 M.
Der Bischof von Osnabrück	statt bisher 24 000	jetzt 34 000 M.
Der Bischof von Münster	statt bisher 24 000	jetzt 34 000 M.
Der Bischof von Paderborn	statt bisher 24 000	jetzt 51 000 M.
Der Bischof von Fulda	statt bisher 24 000	jetzt 34 000 M.
Der Bischof von Limburg	statt bisher 24 000	jetzt 34 000 M.
Der Bischof von Köln	statt bisher 36 000	jetzt 72 000 M.
Der Bischof von Trier	statt bisher 24 000	jetzt 51 000 M.

Den Bischöfen werden also die erhöhten Gehälter jetzt noch für drei Viertel Jahre nachgezahlt. Für diese unerhörte Verschwendung von öffentlichen Geldern stimmen nicht nur die bürgerlichen Parteien, sondern auch die Rechtssozialisten. Während also die Arbeiter in Elend versinken, während die Beamten immer aus neue mit ihren berechtigten Forderungen auf Erhöhung ihrer Bezüge zurückgewiesen werden, weil für sie kein Geld da ist, wirft man der Kirche ungeheure Summen in den Nachen. Denn nicht nur die katholischen Bischöfe werden vom Staate gesüßert, sondern auch die übrige Kleriklei beider Konfessionen sitzt an der Krippe und läßt sich das Brot, das mit dem Blut der Tränen der Armen gesalben wird, gut schmecken. Und die Rechtssozialisten machen dieses frevelhafte Spiel mit!

Als dann das Kapitel Volksschulen zur Beratung kam, wehte sofort ein anderer Geist. Die Religion muß dem Volke auch in der „demokratischen“ Republik erhalten bleiben, für die Volksschule aber hat auch sie nur einen Platz in der Gesellschaft. Nicht der leiseste Hauch schulpförmigen Geistes weht einem aus diesem Etat entgegen. Und Herr Haenisch, der Minister für Bildung und Kultus, entschuldigte das mit den schlechten Finanzen Preußens.

Nun kam aber das Gegenstück zu dem Bewilligungsseller für die Geistlichen. Die Unabhängige Sozialdemokratie beantragte, daß im Haushalt für 1921 Mittel für die Einführung der obligatorischen Schulpflicht und für die unentgeltliche Lieferung der Lernmittel auf Grund des Artikels 145 der Verfassung bereitgestellt werden sollen. Dieser Antrag wurde von den bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt. Wozu auch den Magen der hungernden Proletarierkinder mit irdischer Speise füllen, wenn die wohlgenährten Bäuche der Kirchendiener schon das himmlische Manna bereithalten?

Daß die Schule die Aufgabe habe, die Kinder zu demütigen Christen und ausbeutungswilligen Staatsbürgern heranzuziehen, das brachten später die Wortführer der evangelischen und der katholischen Orthodoxie noch besonders zum Ausdruck. Sie beklagten sich darüber, daß ihre Gefinnungsgenossen bei der Beilegung von Kreisschulratsstellen nicht genug berücksichtig

achtet werden. Die Kreisschulräte müßten neben Fachkenntnissen eine gute christliche Gesinnung besitzen. Diese Klage ist natürlich nur ein Scheinmanöver, denn im Reiche des Herrn Haenisch ist für die Erhaltung und Verstärkung des fleischlichen Einflusses so gut gesorgt, daß die Volksschule vor der Gefahr steht, auf einen noch tieferen Stand herabgedrückt zu werden, als es unter der Monarchie schon der Fall war.

Im Januar soll dieses Kapitel im Plenum der Landesversammlung behandelt werden. Unsere Vertreter werden dann noch das nötige dazu sagen haben. Die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, darf aber die Entwicklung dieser Dinge nicht mit verschränkter Armen zusehen, sondern sie muß den Kampf gegen die geistige Reaktion mit den schärfsten Mitteln führen. Insbesondere bei den jetzt bevorstehenden Wahlen für das preussische Abgeordnetenhaus bietet sich für das Proletariat Gelegenheit, nicht nur mit den Feinden der Arbeiterschaft abzurechnen, sondern den Kampf für die Befreiung der Schule aus den Fesseln von Kapitalismus und Klerikalismus zu weithin sichtbaren Erfolgen zu führen!

Das Programm der sächsischen Regierung

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)
Dresden, 14. Dezember.

In der Dienstag-Sitzung des Landtages stellte der Ministerpräsident Sud (S.P.D.) die neuen Minister vor: Dipinski (U.S.P.) für das Innere, Reichner (U.S.P.) für das Kultusministerium, Harms (S.P.D.) Justiz, Held (S.P.D.) für das Finanzministerium, Jäkel (U.S.P.) für das Arbeitsministerium, Schwarz (S.P.D.) für das Wirtschaftsministerium. Als Aufgabekreis für die nächste Zeit bezeichnet er die Vergesellschaftung der Bodenschätze, Wasserkräfte und die Regelung des Kohlenabbaues im Sinne der Allgemeinheit, das Wiederansteigen der Industrie und der Großunternehmungen. Durch Beispielwirtschaften könne erprobt werden, wie die Landwirtschaft mehr als bisher im Sinne der Allgemeinheit betrieblen werden könne. Die Bemühungen um eine bessere Ernährung der Bevölkerung Sachsens sollen fortgesetzt werden. Landesfreiwillige, Landespolizei und Justiz müssen damit kräftig mit nachhelfen. Besondere Fürsorge werde die Regierung der Rohstoffbeschaffung für die Textil- und Metallindustrie durch Bereitstellung von Staatsmitteln widmen. Sie wird bestrebt sein, die Not der Erwerbslosen zu lindern und ihre Zahl zu vermindern. Den Arbeiter-Konten sollen noch bis Ende dieses Jahres Zuschüsse gezahlt werden. Ihre Konten müssen aber auch dauernd eine Verbesserung erfahren. Als konterrevolutionäre Organisationen sollen beseitigt, das für die Polizei einheitlich und zweckentsprechend organisiert werden. Die Regierung wird Sorge tragen für eine Durchsicht der Verwaltung mit tüchtigen Männern aus allen Schichten der Bevölkerung. Des weiteren werden dem neuen Landtag Vorlagen zugehen über die Reform der Seminare und der Lehrerbildung, über die Trennung der Kirche vom Staate, über die Gemeindeform, die Wohnungsbeschaffung usw. Die Regierung erbittet die Mitarbeit der Abgeordneten und weist zum Schluß darauf hin, daß sie an ihre Arbeit gehe im Sinne der sozialdemokratischen Weltanschauung.

gemessen einem Betrage von etwa dreihundert Milliarden Papiermark gleichzustellen ist. Es ist natürlich, daß die Rückwirkungen aus der schlechten Beschäftigungslage dieser wichtigen Industrie sich ebenfalls im gesamten Wirtschaftsleben bemerkbar machen müssen und daß die Krise, die in einigen Industrien besonders verheerend auftritt, auf immer neue Zweige übergreifen muß.

Die Stöckung des Abfahrs, die verlangsamte Güterartikulation führt ohne weiteres zu einer lebhaften Nachfrage nach Zahlungsmitteln. Die Unternehmer, die in Erwartung einer glatten Verkaufsmöglichkeit ihrer Waren disponieren haben, geraten in Zahlungsschwierigkeiten, die durch die Zurückhaltung der Banken, die mit erheblichen Zahlungseinstellungen rechnen, noch vermehrt werden. Geld ist unter diesen Umständen in den Vereinigten Staaten sehr teuer geworden und es sind, wie an einem Schulbeispiel, die typischen Erscheinungen der von Marx im „Kapital“ analysierten kapitalistischen Wirtschaftskrise zu studieren.

Es wurde zu Anfang dieser Ausführungen gesagt, daß diese Stöckung des amerikanischen Warenabfahrs vor allem auf die Erschlüpfung der internationalen Kaufkraft zurückzuführen sei. Die Unfähigkeit der europäischen Staaten, in Amerika ihre tatsächlich vorhandenen Bedürfnisse durch große Käufe zu befriedigen, hat ihren Grund in dem schlechten Stand aller europäischen Valuten im Verhältnis zum Dollar. Ueberall, auch in den

neutralen Staaten, ist der Betrag der Einfuhr aus Amerika so beträchtlich höher als der ihrer Ausfuhr nach drüben, daß die Handelsbilanz passiv geworden ist. Diese Passivität ist so bedeutend, daß weder die Goldverpflichtungen noch die Ausfuhr von Aktien, Obligationen und Vermögenswerten aller Art einen Ausgleich zu schaffen vermögen und es ist selbstverständlich, daß dies ganz besonders auf die am meisten leidenden Länder Mittel- und Osteuropas zutrifft. Während der Kurs des englischen Sterlingwechfels zwischen einer Untermertigkeit von 25—35 v. H. gegenüber dem Wechsel auf New York schwankt, der Lira ungefähr auf dem fünften Teil seines Nennwertes steht, wird die deutsche Mark mit dem achtzehnten bis zwanzigsten Teil ihres Nennwertes bezahlt. Unter derartigen Verhältnissen des Valutamarktes muß die Kaufkraft Europas in Amerika ständig geringer werden und die Beschränkung auf die unentbehrlichsten Lebensmittel, Rohstoffe und Gebrauchsgüter wird dadurch sicherer erzwungen als durch die schärfste Blockade und die strengsten Strafbestimmungen gegen Schmuggler. Für Amerika, dessen Wirtschaft heute mehr denn je auf Warenausfuhr angewiesen ist, wird dadurch das Valutaproblem zu einem der Kernprobleme und auf die durch diese Entwicklung herbeigeführte Gestaltung der Dinge ist es auch zurückzuführen, daß im Zusammenhang mit dem Gedanken einer Freigabe des deutschen Privateigentums in den Vereinigten Staaten die Idee einer großen Kredithergabe bereits diskutiert wird.

Die Ausschaltung des Reichstags

Die unabhängige Fraktion und die Entwaffnungsnote

Die Entente hat das Ersuchen der deutschen Regierung, die Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen bestehen zu lassen, prompt abgelehnt. Deutschland bleibt verpflichtet, die militärischen Forderungen aus dem Friedensvertrag restlos zu erfüllen und wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Fortsetzung des Versuchs, sich dieser Pflicht zu entziehen, sich am deutschen Volke bitter rächen wird.

Die Entscheidung der Entente war klar voranzusehen. Das, was die deutsche Regierung erreicht hat, ist nur eine Verzögerung der Stimmung im Lager der Alliierten. Das ist um so bedenklicher, als die Sachverständigenkonferenz in Brüssel unmittelbar vor der Tür steht und Deutschland allen Anlaß gehabt hätte, die Atmosphäre nach Möglichkeit zu entgiften. Von der tatsächlichen Bedeutung der Einwohnerwehrrage ganz abgesehen, ist es unerhört, daß man eine Woche vor der Konferenz diese Angelegenheit aufs neue zur Diskussion stellt.

Unsere Fraktion wird heute eine Interpellation einreichen, in der die Regierung gefragt wird, wie sie diese Art, auswärtige Politik zu treiben, mit den Interessen des deutschen Volkes in Einklang bringen will. Nach der Geschäftsordnung des Hauses wird die Interpellation aller Wahrscheinlichkeit nach vor Weihnachten nicht mehr zur Behandlung kommen, und deshalb hat unsere Fraktion gleichzeitige Schritte unternommen, um die sofortige Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zu veranlassen. Sie hat an den Obmann des Ausschusses, Dr. Stresemann, folgendes Schreiben gerichtet:

Im Namen und Auftrag Ihrer Fraktion beantragen die Unterzeichneten, die sofortige Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, und zwar bitten sie, auf die Tagesordnung zu stellen:

1. Die diplomatische Behandlung der Frage der Einwohnerwehren.
2. Die Sachverständigenkonferenz in Brüssel.

Was uns zu dem Antrag auf schnelle Einberufung des Ausschusses veranlaßt, ist vor allem die Tatsache, daß die Regierung bestrebt zu sein scheint, den Ausschuh in wichtigen Dingen stets vor vollendete Tatsachen zu stellen oder den vorübergehenden Rat des Ausschusses nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn sie einer einmütigen Stellungnahme seiner Mitglieder sicher zu sein glaubt.

Inbesondere möchten wir die Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß uns in der letzten Sitzung keinerlei Mitteilung über die letzte Note betreffend die bayerische Einwohnerwehr gemacht wurde, obwohl diese Note zweifellos in diesem Augenblick schon fertiggestellt war. Ein solches Verfahren ist nicht geeignet, dem Ausschuh diejenige Bedeutung zu geben, die er für sich in Anspruch nehmen muß.

Die Regierung gibt jetzt im Wortlaut die Note bekannt, die General Koller als Antwort auf die Dringlichkeitsnote an das Auswärtige Amt gerichtet hat. In der Note werden die Gründe der deutschen Regierung für die Beibehaltung der Dringlichkeitsnote anerkannt. Es heißt, daß die Selbstschutzwirkende militärischen Charakter haben und in Verbindung mit regulären militärischen Befehlshabern stehen. Begründend wird ausgeführt:

„Es genügt beispielsweise, auf den Wortlaut der Satzungen des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns E. V.“ hinzuweisen, die von dem Landeshauptmann Eberich unterzeichnet und durch den Landesauschuh am 13. März 1920 bestätigt worden sind; darin wird die Landesleitung mit der Verbindung mit dem Reichswehr beauftragt und die Kreishauptleute sichern danach die Verbindung mit dem Reichswehr-Brigaden.

Ebenso geht es in Ostpreußen zu der Aufgabe zweier Generalkommandos der 1. Infanterie-Division, die Verbindung mit den Selbstschutzwirkenden aufrecht zu erhalten und die Bedürfnisse dieser Organe in administrativer Hinsicht zu erfüllen.

In Westfalen also stellen die Selbstschutzwirkenden (und darunter versteht der Interalliierte Heeresüberwachungsausschuh: Grenzwehren, Grenzschutz, Stadtwachen, Einwohnerwehren, Dringlich und andere ähnliche Vereine) Formationen dar, die geeignet sind, eine Mobilisation zu erleichtern.

Sie fallen also unter die Bestimmungen des Artikels 178 des Friedensvertrages und müssen aufgelöst werden. Ihre Aufrechterhaltung nach Durchführung ihrer Entwaffnung wäre übrigens auch durch rein innere Gründe nicht zu rechtfertigen. Denn sie würden, ihrer Waffen entböhrt, nicht mehr in der Lage sein, wirksam an der Aufrechterhaltung der Ordnung teilzunehmen.

Es ist zwar richtig, daß die Deutsche Regierung den Selbstschutzwirkenden einen nur provisorischen Charakter beilegt, aber die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission vermag nicht einen Verband als provisorisch zu betrachten, welcher schon jetzt Kundgebungen seiner Tätigkeit für das Jahr 1922 und folgende vorstellt. (Bayerische Einwohnerwehren.)

Die Deutsche Regierung verlangt im übrigen eine Ausnahmebestimmung für die Selbstschutzwirkenden Bayerns und Ostpreußens.

Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß andere Staaten des Deutschen Reichs, deren Sicherheit ihrer Ansicht nach ebenfalls wenig bedroht ist, die gleiche Ausnahmebestimmung beantragen könnten.

Diese Ausnahmebestimmung würde desto leichter zu einer Bereinigung führen, je ausgedehnter die den örtlichen Behörden in Bezug auf die Schaffung von Selbstschutzwirkenden belassenen Befugnisse sind.

Aber die Tatsachen selbst widersprechen den Gründen, die zugunsten Bayerns und Ostpreußens vorgebracht worden sind.

Wenn sich in Bayern einseits die Zahl der Kommunisten auf ungefähr 50.000 beläuft (und sie sind wahrscheinlich nicht alle Kämpfer), so belaufen sich andererseits die regulären Kräfte nach dem Vorschlag der Deutschen Regierung selbst auf fast 40.000 Mann.

Ohne auf die Schätzung der Zahl der Waffen einzugehen, die die Kommunisten im Jahre 1919 in den Kasernen von München aufgefunden haben können, möchte ich nur bemerken, daß nach den Erklärungen, die Sie mir am 9. November gemacht haben, die kommunistische Gefahr im Reich für die Zukunft als überwunden zu betrachten ist.

Was Ostpreußen anbetrifft, so glaubt sich die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission auf die Erfahrungen des letzten Sommers verlassen zu können. Sie erinnert nur daran, daß die Deutsche Regierung damals nicht auf die regulären Truppen aus dem Innern des Reichs zurückgegriffen hat und daß nach der eigenen Ansicht des Oberpräsidenten der Provinz eine Verstärkung von ungefähr 3000 Mann genügend war, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Umständen ist eine Sonderbehandlung weder für Bayern noch für Ostpreußen erforderlich, deren Selbstschutzwirkenden anderswo, wie die der anderen Teile Deutschlands aufgeworfen und entwaffnet werden müssen.

Indereits glaubt die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission gegenüber den Verpflichtungen und Versprechungen Deutschlands besonders auf den heute bestehenden Zustand hinweisen zu müssen (11 Monate nach Inkrafttreten des Friedens-

vertrags und 6 Monate nach Unterzeichnung des Protokolls von Spa):

Die Zahl der der Bevölkerung abgenommenen und an die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission abgelieferten Waffen erreicht bei weitem nicht die Zahl der vorhandenen, und noch keine von den Verbänden stammende Waffe ist an die Militär-Kontroll-Kommission Königsberg, Hannover, München und Stuttgart (für Westfalen) abgegeben worden.

Zum Schluß betont die Note nochmals den Grundsatz der sofortigen Auflösung und Entwaffnung in Anwendung des Friedensvertrages und des Spa-Protokolls. Von der deutschen Regierung wird die unverzügliche Mitteilung der zu treffenden Maßnahmen verlangt.

In der reaktionären Presse wird behauptet, daß die Note augenblicklich Gegenstand von Besprechungen der zuständigen Stellen sei. Deutschland wolle in direkte Verhandlungen mit der Entente eintreten. Demgegenüber betonen wir noch einmal, daß die Auflösung und Entwaffnung der Dringlich ein Gebot der inneren Notwendigkeit ist. Die Zeit drängt. Sollte es der Regierung gelingen, die Beibehaltung der Dringlich bei der Entente zu erlangen, dann muß die Arbeiterchaft sofort ihre Gegenmaßnahmen ergreifen. Die Dringlich ist ein monarchistischer Stützpunkt, bestimmt, die Republik zu besetzen. Kann sie trotz Friedensvertrag bestehen, dann ist es selbstverständlich, daß eine Gegenorganisation der Arbeiter zum Schutze der Republik nicht verboten werden kann.

Der Bankrott der Verständigungskommission

Bekanntlich berät in Essen noch immer eine vom Reichswirtschaftsrat eingesetzte Kommission über einen Sozialversicherungsplan, der die Forderung der Arbeiter nach Vollsozialisierung des Bergbaues mit den Wünschen der Unternehmer nach unumschränkter Aufrechterhaltung, ja Befestigung ihrer Herrschaft vereinen soll. Kürzlich erst ging die Meldung durch die Zeitungen, daß das Wunder beinahe vollbracht und ganz neue Vorschläge bedeutungsvoller Art ausgehandelt seien. Wir haben damals gleich diese Nachricht gebührend gewürdigt und haben hinzugefügt, daß Arbeitervertreter unmöglich noch länger sich zu einer weiteren Mitwirkung an diesem Komödientheater hergeben könnten. Nunmehr veröffentlicht der Steiger G. Werner folgendes Schreiben an den Ausschuh des Reichswirtschaftsrats:

Nachdem ich an den Sitzungen des Vierzehnerausschusses zur Verständigung über die Art und Weise der Sozialisierung des Kohlenbergbaues teilgenommen und nachträglich den Verlauf der Verhandlungen überdenke, komme ich zu dem Entschluß, meine Mitgliedschaft in dieser Verständigungskommission niederzulegen. Nach den in der Kommission gemachten Ausführungen halte ich eine Verständigung auf einer Basis, der auch ich zustimmen könnte, für ausgeschlossen. Ich sehe mich daher gezwungen, meine Mitarbeit einzustellen.

Werner ist Rechtssozialist und ein führendes Mitglied des Steigerverbandes, der der Ufa angeschlossen ist. Sein Verband und er selbst stehen auf dem Standpunkt der Vollsozialisierung. Da auch der Bergarbeiterverband die Mitarbeit an dem Kommissionschwandel abgelehnt hat, ist heute die sozialistische Arbeiter- und Angestelltenchaft in den Kommissionen nicht mehr vertreten. Die Kommission ist dadurch in der Tat gesprengt. Ihre Weiterarbeit kann nur ein Verschleppungsmanöver bedeuten. Der Austritt Werners schafft darüber die notwendige Klarheit.

Es wird jetzt Sache der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten, sowie der Arbeiterparteien sein, diesen Verschleppungsversuchen ein Ende zu machen und ihre ganze Kraft einzusetzen, damit die Frage der Kohlenwirtschaft endlich im sozialistischen Sinne zur Lösung kommt.

Warum der Krieg verloren ging

In einer Polemik gegen unsere Enthüllungen über die Pläne der Monarchisten hat die „Deutsche Zeitung“ die Behauptung aufgestellt, Oberst Bauer sei nicht ernst zu nehmen. Er sei „nachgerade in ganz Deutschland als ein Phantast bekannt, dem es an den einfachsten Grundlagen für politische Fühlen und Handeln fehle“. Oberst Bauer ist also nach den Feststellungen der „Deutschen Zeitung“ ein politischer Narr. Wir wollen dieses Eingeständnis von berufener Seite nicht in Zweifel ziehen, möchten aber darauf hinweisen, daß dieser Narr während des ganzen Krieges der politische Berater des großen Feldherrn Ludendorff war. Dieser schreibt in seinen „Erinnerungen“ über Bauer:

„Oberst Bauer, eine ausgeprägte Persönlichkeit, der gleich mit in der Kriegsfähigkeit der Heimat die Grundlage für den End-erfolg sah, versuchte unablässig, diese zu erhalten und zu befestigen. Er hat die Entwicklung der Wehrkräfte entscheidend gefördert. Am Anfang des Krieges geriet der Bedarf des Heeres gegenüber der Heimat zu verzehren und sich über die Leistungsfähigkeit der Industrie im Verkehr mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein klares Bild zu verschaffen. Sein Arbeitsgebiet berührte sich eng mit dem des Kriegswirtschafts. Auch in kriegswirtschaftlichen und vielen tatsächlichen Fragen waren keine Mitarbeiter und kein Rat für die Kriegsführung von größtem Nutzen.“

Ludendorff rühmt dann weiter die „vorbildliche Arbeit“ Bauers bei der Durchführung des Hindenburgprogramms, und als in den dankwürdigen Herbsttagen des Jahres 1918 Prinz Max von Baden den Wunsch aussprach, Ludendorff möge sich dem unheilvollen Einfluß Bauers entziehen, wies er dieses Ansuchen entrüstet zurück mit dem Verurteilen, daß er sich von einem so „gewissenhaften und treuen Mann“ nicht trennen könne. Ludendorff wußte also nicht, daß er von einem Narren umgeben war. Er unterwarf sich den Einflüsterungen dieses Phantasten, sah in seinen Plänen die Leistungen eines kriegswissenschaftlichen Genies, führte sie durch und — organisierte die Niederlage.

Nun wissen wir, warum der Krieg verloren ging. Und es erhebt sich die dringende Forderung, den Mann schleunigst in einer Seltankast unterzubringen, damit er nicht neues Unheil über das Land bringen kann. Das enthebt den Staatsanwalt zugleich von der Verpflichtung, gegen Oberst Bauer wegen seiner Teilnahme am Rapp-Vutsch strafrechtlich vorzugehen.

Annäherung wirtschaftlicher Beziehungen mit Jugoslawien. Eine deutsche Regierungskommission ist unter Führung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt von Stöckhmann, nach Belgrad abgereist, um Verhandlungen über die Wiederannäherung wirtschaftlicher Beziehungen mit Jugoslawien zu führen.

Kommunistischer Versammlungs-terror

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Am 10. Dezember fand in Königsberg eine sehr besuchte, von der U.S.P.D. einberufene Volksversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Fleißner-Dresden über die gegenwärtige politische Lage sprach. Die Kommunisten hatten sich offenbar die Aufgabe gestellt, die Versammlung zu sprengen. Sie bildeten etwa ein Viertel der Versammlung und hatten einen meist aus jungen Leuten bestehenden „Stoßtrupp“ organisiert. Trotzdem der Referent durchaus sachlich sprach, setzte gleich zu Beginn des Vortrags das Treiben des kommunistischen Jahagels ein. Die Ruhestörer unterhielten sich laut und demonstrativ. Die unheimlichsten und gemeinsten Zwischenrufe fielen hagelnd. Die Ruhe des Referenten wurde mit Provokationen schlimmster Art beanimortet. Ab und zu ertönten schrille Pfeife auf Signalpfeifen aus verschiedenen Ecken des Saales, abgelöst von wüstem Getöse und Krampeln mit dem Füßen. Auch die Verwahrungen der Versammlungsteilnehmer blieben ohne Erfolg. Die ganze Störungssaktion war vorbereitet und wurde kommandiert. Trotz aller dieser Schwierigkeiten führte der Referent seinen etwa 1½stündigen Vortrag zu Ende. Der Schluß ging allerdings in völligem Tumult unter.

Der Vorgang stellt in einem Teil politisch völlig unaufgeklärter Arbeiter ein tieftrauriges Zeugnis geistiger Armut aus. Wenn diese Ergebnisse der Moskauer Kultur die Grundlage für den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung sein sollte, dann wäre das Proletariat verloren und sein Ringen hoffnungslos. Es ist aber gute Aussicht vorhanden, daß dieser unvernünftige Terror auch in der Stadt der reinen Vernunft durch die jäh und gleichwütige Arbeit und Aufführung unserer Genossen bald überwunden und unmöglich gemacht sein wird.

Die Versammlung in Insterburg am folgenden Abend fand in einem schönen, großen Schulsaal statt, der die Masse der Besucher kaum zu fassen vermochte. Die Anwesenden folgten dem zweistündigen Referat mit größtem Interesse und spendeten am Schluß starken Beifall. Der Neukommunist Hendemann war zur Debatte aus Königsberg herübergekommen. Er fiel mit seiner einseitigen Rede glänzend ab, der gegenüber das Schlusswort Fleißners von durchschlagendem Erfolg war. Hendemann dokumentierte keine Ausgereiztheit durch fortwährende lärmende Zwischenbemerkungen. Der Mann war völlig hilflos und dürfte für Insterburg nach diesem Debut vorkünftig erledigt sein.

Am Sonntag sprach Fleißner in Gumbinnen. Auch dahin folgte ihm Hendemann. Der übliche Stoßtrupp zur Sprengung war auch hier da. Ein Versuch nach dieser Richtung zu Beginn der Versammlung mißlang. Der Referent fand bei der übergebenen Mehrheit starken Beifall. Hendemann sprach eine Stunde, wurde am Schluß herausfordernd, brachte eine Resolution, über die er, unter dem Widerspruch des Vorsitzenden, auch sofort abstimmen lassen wollte. Bei etwa ein halbes Dutzend Hände erhoben sich. Es war auf Bereinigung des Schlusswortes des Referenten abgesehen, doch gelang das nicht.

Erfolg wird dieser Terrorismus der Ohnmacht auch in Ostpreußen nicht haben. Davon sind unsere Genossen und Genossinnen überzeugt. Sie werden aber für die Zukunft von vorneherein die erforderlichen Gegenmaßnahmen treffen. Meist sind es junge Leute, die Stoßtrupp-„Teilen“ zum Raufen und zur Versammlungsprengung bilden. Die wissen nicht, was sie tun.

Die Wahlen im Abstimmungsgebiet Marienwerder

Aus dem Abstimmungsgebiet Marienwerder liegen nun die Endzahlen der Wahlergebnisse vor. Gewählt sind in vier Städten und elf Landgemeinden insgesamt 65 U.S.P.-Vertreter. Am Sonntag, den 12. Dezember, traten die neugewählten U.S.P.-Vertreter in Marienwerder zu einer Konferenz zusammen. Aus den Verhandlungen ist die einstimmig erfolgte Annahme folgender Resolution für die weitere Deffenlichkeit von Interesse:

Die heute in Marienwerder tagende Konferenz der U.S.P.-Gemeindevertreter für den Abstimmungsbezirk Marienwerder fordert die Aufhebung der Gutsbezirke und ihrer Eingliederung in die Nachbargemeinden. Sie erklärt sich gegen das Fortbestehen des Kreises Marienwerder. Sie fordert den Zusammenschluß des Kreises Stuhm mit dem Kreise deutsch gebliebenen Marienburg. Ebenso hält sie die Schaffung eines Regierungsbezirks Marienwerder für überflüssig, da diese Maßnahme dem Staate nur unnötige Kosten auferlegt.

Im Stadt- und Landkreis Elbing sind ca. 80 U.S.P.-Genossen in Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretungen tätig. So daß in dem kleinen Städtchen Preußen, das rechts der Weichsel deutsch geblieben ist, die U.S.P. über rund 150 Vertreter verfügt.

Der tschechoslowakische Konflikt

Verhängung des Ständrechts in Brünn
Ul. Prag, 14. Dezember.

In Brünn wurde gestern das Ständrecht verhängt. Die Regierung sah sich zu dieser Maßregel genötigt, weil die tschechoslowakischen Arbeiter sich nennendings des Brünner Elektrizitäts- und Wasserwerkes bemächtigt haben. In Prag herrscht auch weiter vollkommen Ruhe. Das Abgeordnetenhaus wird mittags zu einer Sitzung zusammenzutreten, in welcher der Ministerpräsident Czerny eine Erklärung über die Lage abgeben wird.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Brünn: Das kommunistische Organ „Kowos“ ist beschlagnahmt worden. Die sozialdemokratische Partei fordert die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Alle öffentlichen Gebäude sind durch Militär besetzt. In Osowan wurden vier Kommunisten verhaftet, darunter der Kommunistenführer Kuna.

Der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat eine Entschließung angenommen, nach der die Hauptleitung des Allgemeinaustandes sich weder an den deutschen Parteivorstand noch an die Zentral-Gewerkschaftskommission in Reichenberg wenden hat, um über eine Beteiligung der deutschen Arbeiter am Allgemeinaustandes zu beraten; dieser sei ein Teilunternehmen der tschechoslowakischen Linken. Daher könne der Parteivorstand eine Beteiligung an dem Kampfe, dessen Folgen unabsehbar seien, nicht einleiten.

Wahlergebnisse in Spanien

Madrid, 14. Dezember.

Nach den bis gestern abend bekannt gewordenen Ergebnissen der Parliamentswahlen sind gewählt: 28 Ministerielle, 8 Kabinetsmitglieder, ein Anhänger de la Cueva, 13 Anhänger Romanones, 17 Demokraten, 7 Alibisten, ein Reform-Nationaler, ein Regionalist, 2 Jaimisten, 2 Republikaner, 2 Unabhängige. Die Anhänger Romanones und de la Cueva gehören der Sozialistischen Partei an, die Anhänger Romanones der demokratischen, die Alibisten der Liberalen.

Der alte Wilhelm in die Luft gesprengt. Montag früh ist das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Rastow in die Luft gesprengt worden. Es ist vollständig zerstört. Durch die Gewalt der Explosion wurden sämtliche Fensterheben der umliegenden Häuser zum Einsturz gebracht. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Der Streik der Hotelbesitzer

Von heute ab wollen die großen Berliner Hotels ihren Restaurationsbetrieb einstellen. Die Hoteliers behaupten, diese Schließung sei unausbleiblich gewesen, weil die Hotels nicht in der Lage wären, ihren Gästen Lebensmittel in ausreichender Menge und Form zu verabreichen. J. B. ist in einer Versammlung von Besitzern und Direktoren der Berliner Hotels eine Resolution angenommen worden, in der es heißt: „Die Vertreter der größeren Berliner Hotel- und Restaurationsbetriebe beschließen und verpflichten sich hiermit, spätestens vom 15. Dezember ab ihre Restaurationsbetriebe so lange geschlossen zu halten, bis es ihnen wieder ermöglicht wird, ohne Verlust gegen gesetzliche oder behördliche Maßnahmen ihre Betriebe ordnungsgemäß zu führen, weil sich die Unmöglichkeit strikter Innehaltung der Verordnungen gezeigt hat.“ — Weiter haben, wie die Blätter berichten, einige Hotels folgende Erklärung ausgingt: „Wegen Unersättlichkeit der Rationierungsvorschriften bleiben unsere Betriebe (Küche und Restaurationsbetrieb) so lange geschlossen, bis es uns wieder ermöglicht wird, ohne Verluste gegen behördliche Maßnahmen unsere Betriebe ordnungsmäßig zu führen.“

Alle diese Mitteilungen sind unwahr. Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Verbindung mit der Lockerung der Einfuhr auf allen Gebieten der Ernährung werden die Hindernisse für eine ausreichende Versorgung in den Hotels nicht mehr. Die hauptsächlichsten Lebensmittel für den Mittagstisch sowohl wie für den Abendstisch (Fleisch, Fisch, Eier, Kartoffeln) sind ebenso wie die notwendigen Zubereitungsmittel (Fett, Margarine, Speck) nicht rationiert. Sie können mithin in beliebiger Menge gekauft und verwendet werden.

Der Streik der Hotelbesitzer dreht sich also um ihr Verhalten, die gesetzlichen Vorschriften, die zur Sicherung der Volksernährung erlassen sind, rückwärts los überzutreten zu dürfen. Denn da nach dem Abbau der Zwangswirtschaft nur noch Brotgetreide, Milch, Butter und Zucker öffentlich bewirtschaftet werden, so kämpfen die Hotelbesitzer einfach um das Recht, einiger hundert Bevorratungen wegen mit den ohnehin schon geringen Vorräten der zwangswirtschaftlichen Produkte uneingeschränkt Raubbau treiben zu dürfen. Während Millionen sich mit Marmelade und den elendesten Fleischmitteln begnügen müssen, sollen den beständigen Kreisen, dem nationalen und internationalen Hotelpöbel, die vorhandenen allschönen Vorräte für die Volksernährung ungenutzt ausschmökelt werden. Dagegen ist schärfster Kampf am Platz. Wir verweisen gegenüber der Hartnäckigkeit der Hotelbesitzer, deren bedeutendsten Unternehmungen in Aktiengesellschaften zusammengeschlossen sind und die im vergangenen Jahr riesige Gewinne eingestrichelt haben, auf die Bestimmungen der Verordnung über Betriebsstilllegung und fordern die z w a n g s w e i s e O f f e n t l i c h u n g der Hotelbetriebe. Soll es etwa unmöglich sein, gegen die renitenten Vertreter kapitalistischer Luxusansprüche etwas zu unternehmen?

Die Stellung der Betriebsräte

Der Betriebsrat der Hotelbetriebsgesellschaften fordert in einer Beschlussempfehlung 1. sofortige Öffnung der Betriebe, 2. Führung der Geschäftsbetriebe unter Beobachtung der bestehenden Gesetze, 3. Einsetzen einer Kontrollkommission, bestehend aus Vertretern der Arbeitnehmer bzw. der Organisationen der Betriebsräte des Berufes, welche gemeinsam mit den Behörden darüber zu befinden hat, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die endliche Ruhe in unserem Gewerbe sicherzustellen, 4. daß die Behörde in Zukunft nicht nur einseitig die Strafgesetze in Anwendung bringt, sondern gegen alle diejenigen, welche Wucher treiben, und auch außerhalb des Gastwirtsberufes stehen. Hierunter sollen besonders Erzeugerkreise der Agrarbevölkerung fallen. Die Versammelten haben sich besonders hervor, daß die behördlichen Maßnahmen, welche ergriffen sind, nicht geeignet erscheinen, das Uebel der Bewirtschaftung an der Wurzel zu erfassen, sondern nur dazu dienen können, den kapitalistischen Anstrich der Regierung zu verdecken. Aus diesem Grunde erbitten die Versammelten eine endgültige Besserung der Verhältnisse erst durch die Mitarbeit der Angestellten in der Leitung der Betriebe.

Wir können den Forderungen der Betriebsräte nur durch Zustimmung, besonders auch nach der Richtung hin, daß das Strafgesetz auch gegen die Erzeugerkreise der Agrarbevölkerung in Anwendung gebracht wird. Hier hat ja Herr Minister Hermes bei der Ernährungskonferenz in Weimar große Versprechungen gemacht, und die Kritik harret darauf hingewiesen werden, daß nicht Teilmaßnahmen genügen, sondern daß das Uebel an der Wurzel gepackt wird. Die großstädtische Bevölkerung hat es satt, angefaßt ihrer kaum noch zu überbietenden Notlage sich das Wohlleben einer Genießerklasse gefallen zu lassen!

Unter dem Kommando der Getreideschieber

Der Berichterstatter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in Berlin weiß zu berichten, daß auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Freiberg eine Anzahl Getreidebesitzer inhaftiert werden sollen, es sei jedoch dem Bundesrat ebenfalls verhaftet werden sollen, die preußische Staatsanwaltschaft in Weimar, von der Verhaftung Abstand zu nehmen.

Wenn diese Nachricht wahr ist, haben wir einen der größten Justizskandale der Gegenwart vor uns; denn hier zeigt es sich wohl mit aller Deutlichkeit, daß sich die „objektive“ Behörde der Welt einfach unter das Nachwort von Kapitalistenorganisationen stellt. Wie stark übrigens die Herren wieder fühlen, geht daraus hervor, daß der Vorstand des Bundes deutscher Getreide-, Mehl-, Saatens-, Futters- und Düngemittelhändler schließlich eine Sitzung zusammengerufen hat, in der es das Vorgehen der Justiz, besonders der sächsischen Staatsanwaltschaft, auf das entschiedenste mißbilligt. Nach Prüfung des von ihm eingeforderten Materials soll in öffentlicher Versammlung noch Stellung dazu genommen werden.

Es ist bezweifelnd, daß bisher die Regierung zu dieser Mitteilung vollkommen schweigt, man darf das also wohl als eine Befähigung dieser Mitteilung ansehen.

Dresden, 14. November.

Wie den „Dresdener Nachrichten“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind der Geschäftsführer der Wareneinfuhrgesellschaft „Wischer u. Co.“, der daran beteiligte Kaufmann Fäbber und der Kaufmann Paul Hildebrandt, erneut verhaftet worden.

Hofrat Rosenthal, einer der Hauptbeschuldigten in der großen Getreideschiebung, ist am Montag im Auto entflohen. Es ist ein Haftbefehl hinter ihm erlassen und sein Vermögen beschlagnahmt worden.

Neue Schwierigkeiten

Einstellung der Zahlungen im Ausgleichsverkehr

In einem Wiener Blatte konnte man am Montag lesen, das Deutsche Reich habe seine Zahlungsunfähigkeit dadurch erklärt, daß es die Ausgleichszahlungen an die Entente einstellen wolle. Es handelt sich um die Berechnung der Guthaben, die Deutschland und die Entente gegeneinander haben. Ergibt sich bei der Berechnung ein Minderbetrag zu Ungunsten Deutschlands, so ist Deutschland verpflichtet, diesen in bar zu decken. Auf der anderen Seite aber werden die sich zu Gunsten Deutschlands ergebenden Mehrbeträge nicht an Deutschland ausgezahlt, sondern auf das Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben. Dadurch wird Deutschland gezwungen, außerordentlich hohe Summen an die Entente abzuführen; in den drei Monaten des Bestehens dieses Ausgleichsverfahrens ist auf diese Weise das Schuldkonto Deutschlands gegenüber der Entente um diese Milliarden vergrößert worden.

Offiziös wird nunmehr mitgeteilt, daß die Meldung des Wiener Blattes nicht richtig sei. Die deutsche Regierung habe nicht ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt, sondern sie stehe in Unterhandlungen über eine günstigere Regelung des Ausgleichsverfahrens und sie habe die Ausgleichsamter mit Bezug darauf nur angewiesen, die monatlichen Abrechnungen vorläufig einzustellen.

Nun ist selbstverständlich das Verlangen der deutschen Regierung zu unterziehen, daß im Ausgleichsverkehr nach billigen Grundätzen verfahren und daß dabei insbesondere das Interesse der wertmäßigen Bevölkerung Deutschlands gewahrt wird. Denn je größer unsere Verpflichtungen an das Ausland werden, desto ungünstiger müssen sich unsere Valutaerhältnisse gestalten, und desto schwieriger wird es, die deutsche Bevölkerung mit den Lebensmitteln zu versorgen, die ihr die Produktion des eigenen Landes nicht liefern kann.

Bei ihren Verhandlungen mit der Wiedergutmachungskommission über eine andere Regelung des Ausgleichsverfahrens stützt sich die deutsche Regierung auf die Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln vorsieht. Gelingt es nicht, die Entente von der Verantwortlichkeit dieser Bestimmungen zu überzeugen, so entstehen neue, außerordentliche Schwierigkeiten für Deutschland, so haben wir mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auch von dieser Seite aus die Lebensmittellieferung und die Steigerung der Produktion auf das Äußerste gefährdet wird.

Abrüstung — Weiterrüstung

Die Völkerverversammlung verhandelte über die Abrüstung. Branting (Schweden) betonte, daß die Völkerverversammlung auf diesem Gebiet so rasch wie möglich positive Arbeit leisten müsse, wenn sie das Vertrauen der Massen nicht verlieren wolle. In der Aussprache erklärte Barnes (England) sein Uebereinstimmen mit den Ausführungen des schwedischen Delegierten Branting. Von großer Bedeutung war für ihn die Ausschaltung der Privatgewinne in der Kriegsindustrie. Bourgeois (Frankreich) wandte sich gegen den in der Kommission von norwegischer Seite eingebrachten und angenommenen Vorschlag über die Beschränkung der Budgetausgaben für das Heer auf die Ausgaben für 1921. Dieser Vorschlag sei unmöglich, da die Lage der einzelnen Länder zu verschieden sei. Bourgeois beantragte daher Abänderung des Vorschlages der Kommission, welchem Vorschlag jedoch der holländische Delegierte Loudon widersprach. Er ging von der Ansicht aus, daß der norwegische Vorschlag durchaus als Grundlage dienen könne für den Beginn einer wirklichen Abrüstung.

Typisch ist, daß der Träger des Friedensnobelpreises, Bourgeois, sich den weitergehenden Anträgen und Anregungen der kleineren Staaten gegenüber ablehnend verhält. Es will eben niemand, praktisch anfangen mit der Abrüstung, am allerwenigsten aber die führenden Großmächte im Völkerbund. Herr Branting kann sich trösten. Der Völkerbund hat nie das Vertrauen der Massen besessen, er kann deshalb auch nichts verlieren. Die Abrüstung wird nicht in der Versammlung des Völkerbundes praktisch verwirklicht, sondern durch die internationale Aktion der Arbeiterklasse erzwungen werden.

Russischer Protest

Polnisch-russische Spannung

Der russische Delegierte bei den Rigaer Friedensverhandlungen, Joffe, richtete an den polnischen Vertreter Dombbski eine Note, in der er im Auftrage der Sowjet-Regierung gegen neue Truppenbewegungen Jęlgowas protestiert. Die Note spricht davon, die Sowjet-Regierung habe Beweise, daß Jęlgowski von der polnischen Regierung unterstützt werde. Ferner wird in dieser Note darauf hingewiesen, daß die Splitter der weißen Garden Balaßowskys, Samuikows u. a. bei Jęlgowski Unterschlupf finden und sich dort neu formieren. Die Sowjet-Regierung schiebt Polen die volle Verantwortung für die Aktionen Jęlgowas zu, daß die Interessen der Sowjet-Republik durch die Aktionen Jęlgowas leiden.

Die Sowjet-Regierung protestiert ebenfalls energisch gegen die vom Völkerbund zur Ueberwachung der Wilnaer Volksabstimmung entsandene Truppenteile fremder Staaten. Das Erscheinen dieser Truppen könne ohne Zweifel dazu dienen, neue feindliche Aktionen gegen die Sowjet-Republik vorzubereiten. Auch dafür macht die Sowjet-Regierung die polnische Regierung als Beschützerin Jęlgowas verantwortlich und sie beirätet jede feindliche Maßnahme Jęlgowas als feindliche Maßnahme der polnischen Regierung.

Der Streik im sächsischen Bergbau

Am Montag haben in Dresden Verhandlungen zur Regelung des Lohnstreikes der Bergarbeiter stattgefunden. Die Verhandlungen haben bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Der Vertreter der Reichsregierung hatte keine Vollmacht, um positive Vorschläge zu machen, die gezwungen gewesen wären, die Lohnfrage zum Abschluß zu bringen. Auf Vorschlag der Vertreter der sächsischen Regierung, unterstützt durch den Beschluß des Gesamtministeriums, soll eine Deputation, gebildet aus Vertretern der sächsischen Regierung, des Bergbauvereins und der vertragsmäßigen Verbände, nach Berlin geschickt werden, um sich in nachdrücklicher Form für die Forderungen der Bergarbeiter einzusetzen.

Am Nachmittag fand im Dugau-Oelauer Keller eine Versammlung statt. Es kam der entscheidende Wille zum Ausdruck, die seit August bestehende Lohnherabsetzung unter allen Umständen durchzuführen. In Richtung auf eine Resolution angenommen, in der die Bergarbeiter sich erneut zu der Herabsetzung ihres Verbandes, die die sofortige Sozialisierung des Bergbaues verlangt, betonen.

Die Folgen des sächsischen Bergarbeiterstreiks machen sich schon in bedenklichem Maße bemerkbar. 30 Gaswerke in Sachsen haben in den letzten Tagen ihren Betrieb eingestellt, weil keine Kohlen heringeliefert werden können. Wenn nicht bald größere Kohlenzufuhren ermöglicht werden, dürfen noch weitere Gaswerke ihren Betrieb einstellen.

Schöne Seelen finden sich

Arm in Arm zieht jetzt Richard Müller mit Rusk in den Kampf für die Moskauer Thesen. Müller sorgt in erster Linie für die Erhaltung der Berliner Metallarbeiter. Wenn Lächerlichkeit über ihn käme, wäre Richard Müller, ganz abgesehen von der Nationalversammlung, schon längst eine Leiche.

Die „Freiheit“ brachte in Nr. 521 ein Portrait Ruskos. Wir sind in der Lage, das Portrait, das die „Freiheit“ in Nr. 521 von Rusk brachte, noch durch einige Striche zu ergänzen. Ruskos jetziger Bundesgenosse Richard Müller kennzeichnet Rusk in einem Schreiben vom 18. Mai 1920 folgendermaßen:

„Lieber Kollege Paul! Soweit ich hier beobachten kann, versucht Rusk, die Berliner Gewerkschaften und besonders auch den Metallarbeiter-Verband hinter die Politik zu bringen. Er ist von Begier zu uns gekommen und hat jetzt den Weg nach dort wieder zurückgefunden.“

Diese Entdeckung darf von uns nicht unbeachtet bleiben. Wenn nicht beizeiten von uns hierzu Stellung genommen wird, können wir eines Tages die schönsten Ueberraschungen erleben.“

In dem von der „Freiheit“ gebrachten Schreiben Ruskos an die U. S. P. D. Zentralvorstände heißt es gegenüber der Betriebsrätezentrale, an deren Spitze Richard Müller stand: „Auf jeden Fall muß der Versuch gemacht werden, die Selbständigkeit der Räteorganisation zu beseitigen, damit diese Schweinerei aufhört.“ Müller ist Rusk, daß er den Weg zurückgefunden, Rusk bezeichnet Müllers Betriebsrätezentrale als Schweinerei. Diese „kleinen Reinigungsversuche“ hindern sie aber nicht daran, gemeinsam ihre arbeiterschädliche, organisationszerstörende Tätigkeit fortzusetzen. Würdige Bundesgenossen!

Seitdem wir das Thema „Oskar Rusk einfluß und jeh“ anzuknüpfen gezwungen waren, gehen uns zahlreiche Zuschriften als Beiträge zur Kennzeichnung dieses politischen Schaulustverdes zu. Wir sind nicht in der Lage, alle diese Schreiben zu veröffentlichen und finden auch, daß es zu viel Ehre für einen Rusk wäre, wenn wir uns täglich mit ihm beschäftigten. Aber nun werden wir auf einen Vorgang aufmerksam gemacht, der doch der Bergarbeiterschaft einleuchten muß, in diesem Augenblick, wo die Berliner Metallarbeiter vor der Frage stehen, ob sie diesen Mann wieder auf den entscheidenden leitenden Posten an der Spitze ihrer Organisation stellen sollen.

Im Inzeratenteil der „Freiheit“ vom 27. März 1920 finden wir zwei Inzerate in englischer Nachbarschaft. Das eine kündigt große öffentliche Massenversammlungen unserer Partei an und als Redner werden genannt neben den Genossen, die auch heute noch unserer Partei angehören, Adolf Hoffmann, Däumig, Mathahn und andere Vertreter dieser Richtung. Unter den Referenten für diese Parteikaktion befindet sich Oskar Rusk nicht. Dagegen wird auf der gleichen Seite eine Massentagung zur Einigung gegen die Reaktion angekündigt, bei denen u. a. als Referenten aufgeführt werden: Bernstein, Hans Leub, Karl Kautsk, Ströbel, Adele Schreiber. Und auch Oskar Rusk. Er hat sogar das Pech — man denke — in der Reihe des Referentenverzeichnis ausgerechnet neben Adele Schreiber zu stehen, was natürlich nur auf den Anfangsbuchstaben seines Namens und auf den harten Eigennamen der alphabetischen Reihenfolge zurückzuführen ist. Aber so hat er beim Rapp-Buß ausgesehen. Wir slanden also leicht doch, daß eine Kennzeichnung, die uns ebenfalls in einer Zuschrift über Oskar Rusk zur Veröffentlichung nahe gelegt worden ist, zutrifft. Oskar Rusk's politische Ueberzeugung wird von Vendschlägen bestimmt und das Vendschlagewort die freie in der Luft schwebende politische etwas, alle Schläge, die es einst nach rechts tat, in demselben Ausmaß nach links zu wiederholen. Nun haben die Metallarbeiter die Wahl.

Der Mord von Mechterstädt

Am Dienstag wurde die Beweisaufnahme weiter fortgesetzt.

Student Mey von der 6. Kompanie des Studentenkorps sagte aus, daß seine Kompanie ebenfalls Gefangene gemacht habe. Am fraglichen Morgen passierte er mit seiner Kompanie beim Einbiegen in die Chauße Eisenach-Gotha hinter Mechterstädt die Angeklagten, die die gefangenen Arbeiter bewachten. Dabei hätten die Angeklagten seiner Kompanie Bemerkungen etwa folgenden Sinnes gemacht: „Ihr habt ja auch Gefangene! Die werden nicht weit kommen!“ Bald danach machte die 6. Kompanie Halt und der Zeuge hörte eine Anzahl Schüsse fallen. Er nahm an, daß die Thaler Arbeiter, an denen er kurz vorher vorübergekommen war, von den Angeklagten erschossen worden seien. Sein Kompanieführer habe ihm diese Vermutung später bestätigt. — Rechtsanwält Puetzgebrune beauptet, daß bei dem dichten Nebel eine Verständigung zwischen den beiden Kompanien gar nicht möglich gewesen sei. — Mey sagt weiter über die Führerbesprechung in Gotha aus, über deren Verlauf ihm der Student Feld Mitteilungen gemacht hat. In dieser Besprechung habe Regimentspräsident Selchow gesagt: „Solche Sachen wie bei Mechterstädt und Duxemburg dürfen nicht wieder vorkommen. Bei Erschießungen müssen Rechtsgründe gewahrt werden. Den Toten müssen Waffen in die Hand gegeben werden, damit es ausreicht, als ob sie mit der Waffe in der Hand erschossen sind.“

Hierauf wird der Student Feld vernommen. Er sagt aus, er habe Regimentspräsident v. Selchow dahin verstanden, daß bei rechtlichen Erschießungen den Toten ein Gewehr in die Hand zu geben sei.

damit die Öffentlichkeit sich nicht aufregt. Student Weide, der auch in der Führerversammlung anwesend war, bestritt, daß Herr v. Selchow eine derartige Aeußerung getan habe. v. Selchow habe im Gegenteil zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt. Einige andere Studenten bestätigten die Aussage Weides.

Oberleutnant Baldus schildert in längeren Ausführungen das Unternehmen des Studentenkorps gegen die Ortschaft Thal. Sämtliche 15 Gefangene hätten ihm freiwillig eingeschanden, daß sie mit Waffen bei der Roten Armee gekämpft hätten. Vor dem Abmarsch habe er dem Angeklagten Göbel in Gegenwart der Gefangenen Unterweisungen über den Gebrauch der Waffen bei einem etwaigen Nachrückversuch erteilt. Das Studentenkorps habe vorchristliche Patronen und keine Dum-Dum-Geschosse besessen. Dagegen hätten ihm die Einwohner von Thal Dum-Dum-Geschosse gezeigt, die den Rotgardisten gehörten.

Hauptmann v. Suilar war Führer des 2. Bataillons, bei dem die 6. Kompanie, die sogenannte „Vollkompanie“ angegliedert war. Der Zeuge behauptet, sie sei wegen ihrer ausgesprochenen politischen Richtung als wenig geeignet für militärische Zwecke gewesen. Ein Zugführer der Kompanie, Leutnant Vämmer, der sich fuhrant gemeldet hatte und in Eisenach zurückverblieben war, machte dann in Rusk's Ermittlungen. Beim Abtransport des Bataillons aus Eisenach meldete dann die Brigade telephonisch, daß ein Offizier des Bataillons mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten in Berlin beim Reichswehrminister gewesen sei, um über Mechterstädt zu berichten. Vämmer habe die Tatsache, daß er nach Berlin gefahren sei, nicht abgelehnt.

In der weiteren Beweisaufnahme berichtet Schulthess, daß ein aus Thal über die Bildung der Roten Armee in Thal. Kurz nach Beginn des Rapp-Bußes seien in einer Nacht plötzlich Signale gegeben worden. Darauf seien in den umliegenden Dörfern den Bewohnern die Waffen abgenommen worden, und soweit die Rotgardisten sie nicht verwenden konnten, wurden sie ins Thaler Rathaus gebracht. Einer der später Erschossenen, Hübner, habe sich als Volksgenoss ausgegeben.

Das Kinderelend

Zusammenstöße mit den Agrariern im Reichstag

Der letzte Tag der Beratung des Ernährungsetats brachte einige heftige Zusammenstöße zwischen der Rechten und der Linken. Neben der Auseinandersetzung zwischen dem Bauernbündler Dr. Böhm und dem preussischen Landwirtschaftsminister Braun war es die Kritik des Genossen Dr. Hofes an der nationalsozialistischen Hehe, die gewisse Kreise, besonders aber Ärzte, in ihrem Haß gegen die Entente in den letzten Wochen entfaltet hatten, die stürmische Unterbrechungen hervorrief. Das geschah insbesondere, als der deutschnationalistische Arzt Dr. Wiebel sich zur Verteidigung des angegriffenen Kurses des Ärztebundes die unerschrockensten Pronotationen erlaubte und von „Verständigungsgewinn!“ sprach.

Genosse Ernst Hagen brachte sodann die bezeichnende Tatsache zur Sprache, daß der Ernährungsminister im Haushaltsausschuß keine Antwort auf die Frage nach den Umständen der Beschaffung seiner Dienstwohnung gegeben habe. Da Dr. Hermes auch bei dieser Beratung fernblieb und die Frage wiederum unbeantwortet blieb, beantragte Genosse Ledebour entsprechend der Bestimmung der Verfassung Vertagung der Sitzung, bis der Ernährungsminister herbeigeholt worden sei. Die geschlossene bürgerliche Mehrheit lehnte diesen Antrag ab, sie schenkte keine Lust zu verzeihen, ihren Schützling in neue Verlegenheit zu bringen, insbesondere da Genosse Herz später die eigentümliche Rolle von Hermes in der Beschaffungsangelegenheit fürstlich kritisierte.

In der allgemeinen Debatte hatte die Genossin Wurm eine erschütternde Darstellung des Kinderelends gegeben, das durch die Ernährungspolitik der bürgerlichen Parteien dauernd verschärft werde. Die Darlegungen erregten die Wut der Agrarier, deren Zwischenrufe Genossin Wurm aber geschickt zurückwies.

Der Sitzungsbericht

Am Regierungstisch: Hermes.
Der Abg. Stubmann (Dem.) der zum Hamburgischen Senator gewählt worden ist, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Die Aussprache über den Etat des Ernährungsministeriums wird fortgesetzt.
Abg. Hepp (D. Sp.) spricht in langen Ausführungen das Vertrauen seiner Fraktion zu der Politik des Reichsernährungsministers aus. Die Ankündigung der Einziehung des Reichsministers hat heillose Verwirrung in die Reihen der Landwirtschaft getrieben. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Nieseberg (Dnall.) wendet sich gegen alle Sozialisierungsversuche in der Landwirtschaft, und erklärt, daß nur die Betätigung der eigenen Person und des eigenen Willens das Bestmögliche aus dem Acker herauszuholen imstande ist.

Abg. Frau Wurm

Wenn man die leeren Stühle hier anstieht, liegt der Gedanke nahe, daß die Ernährungsnot des deutschen Volkes bei der Mehrzahl seiner Vertreter nur ein recht geringes Interesse hervorruft. Seit Kriegsbeginn wiederholt sich daselbe traurige Spiel: das Volk hungert, während die Landwirte behaupten, die Preise seien zu niedrig. Ganz besonders schlimm haben sich die Ernährungsverhältnisse gestaltet, seit Herr Hermes das Amt des Ernährungsministers verließ.

Die Milchnot

Im ganzen Reich wie in Berlin ist im Winter begriffen. In einer ganzen Reihe von Städten über 10 000 Einwohner ist nicht einmal der Milchnotbedarf gedeckt. Um nur einige Beispiele herauszugreifen, so beträgt die Deckung des Milchnotbedarfes in Frankfurt an der Oder 83 Prozent, in einer ganzen Reihe von oberbayerischen Ortschaften geht die Notbedarfsdeckung herunter

bellefert. So deckt ein ländlicher Bezirk wie Altendurg seinen Milchnotbedarf nur mit 47 Prozent, Gera-Neuß nur mit 62 Prozent.

Von Berlin berichtete Herr Hermes mit großer Befriedigung, daß 87 Prozent des Milchnotbedarfes gedeckt seien. Dieser Milchnotbedarf ist aber viel zu tief bemessen. Das Milchamt Berlin, das 28 Gemeinden umfaßt, hat eingehende Berichte veröffentlicht, nach denen insgesamt vom 5. September bis 5. Dezember die Milchverteilung für 26 000 bis 34 000 Berechtigte fehlte. Nach der statistischen Darstellung des Milchamtes erhalten alle Kinder mit Ausnahme der Säuglinge bis zu einem Jahr, in Groß-Berlin weniger, als ihnen durch die Verordnung zusteht.

Noch älter dran sind die Kranken, bei denen an verschiedenen Tagen der Monate, vom 5. September bis zum 5. Dezember zwischen Berechtigten und Zuweisungen sich ein Fehlbetrag bis zu 53 000 1/2 bzw. 1/2 Litern ergibt. Der Fehlbetrag in Litern für Kinder und Kranke betrug am 25. November 103 300. Mitte Oktober stellte das Berliner Milchamt mit Rücksicht auf den erheblichen Mangel in der Milchzufuhr bei den Reichsbehörden einen Antrag, die Einfuhr dänischer Frischmilch zu genehmigen. Eine Antwort hat das Milchamt bis heute nicht erhalten. Die Lockerung der Einfuhr scheint nur zu bestehen für Luxusgenüsse wie Datteln, Weintrauben, Apfelsinen und dergl., aber für Milch wird sie nicht erteilt.

Zur Entschuldigung für den steigenden Mangel an Milchzufuhr können die Landwirte nicht einmal die Maul- und Klauenseuche anführen. Denn die Zahl der verkauften Gebötte ist vom 15. 11. 20 bis zum 30. 11. 20 von 181 087 auf 155 008 gesunken.

Auch die Viehablieferung

an die Entente, die sich nachgerade zu einem nationalsozialistischen Rummel ausgewachsen hat, ist keine Entschuldigung für die Landwirte, denn bis jetzt ist noch nichts abgeliefert worden, sondern die Ablieferung kommt erst. Das Entgegenkommen der Entente in Bezug auf die Viehablieferung müssen wir anerkennen. Bei den Verhandlungen am 3. 12. ist es gelungen, die Ablieferung so zu ermöglichen, daß Deutschland in den nächsten Monaten an Kinder zu liefern hat 60 000 Stiere, Ferkel und junge Kinder und 30 000 tragende Kühe und Ferkel. Infolge der Milchablieferung erleidet die deutsche Milchablieferung zur Zeit keinerlei Einbuße, denn vom 1. März 1920 bis zum 1. Juni 1920 hat sich die Zahl der Milchkühe um rund 72 700 vermehrt auf insgesamt rund 8 000 000. Wann werden die ersten 700 bis 1000 Kühe in Deutschland eintreffen?

Die Not der französischen Proletarierkinder in den besetzten Gebieten trifft uns Sozialisten genau so hart, wie die Not unserer eigenen leidenden Kinder, und wir lehnen es ausdrücklich ab, irgendwie mit einer Protestbewegung übereinzustimmen, die von bürgerlicher Seite in Szene gesetzt wird.

Der Milchnot entspricht das gesamte Kinderelend im ganzen deutschen Reich und die zunehmende Säuglingssterblichkeit in den Großstädten. Es starben in Berlin im 1. Lebensjahre im Jahre 1916 auf je 100 Lebendgeborene 13,6, vom 1. Januar bis 2. Oktober 1920 16,1.

Den Gesundheitszustand der Berliner Schulfugend hat der Wohlfahrtsminister Stegerwald eingehend geschildert. Er bezeichnete den Gesundheitszustand der Berliner Schulfugend als sehr unbefriedigend. In einer Berliner Gemeindefschule hatten von 650 Kindern 161 keine Schuhe, 147 keine Mäntel, 206 kein Hemd, 378 keinen gehörsamen Raum zu Hause, 341 keinen Tropfen Milch zu Hause, 118 waren tuberkulös (18 Prozent), 48 haben geistig gelitten, 50 standen mit ihrem Körpergewicht bis 10 Kilo unter Durchschnitt, in 106 Fällen konnten die Eltern die rationierten Lebensmittel nicht kaufen.

an Entbehrungen litten 65 Kinder.

Minister Hermes wühlte vor wenigen Tagen zur Entschuldigung der Korruption in seinem Ressort so viel von der Korruption in Russland zu erzählen, und gleichzeitig zur Entschuldigung der Lebensmittelnot in Deutschland schilderte er, daß es noch viel schlimmer in Russland sei. Trodem Russland nun seit mehr als 7 Jahren im Kriege steht, hat es im zweiten Halbjahr 1919 655 Millionen Rubel für seine Kinderschutzeinrichtungen ausgegeben.

an der Schleiße des Reichskriegshafens von einem Torpedoboot, welches von Kiel kam, und lieferte ihn ins militärische Untersuchungsgefängnis ein.

Unter scharfer Bewachung fand gleich das erste Verhör statt.

Aber ergebnislos.

Denn Heinrich verweigerte jede Aussage.

In der erdrückenden Enge seiner Zelle brandeten der Därm des Hafens und Verzweiflung.

Ruhelos wälzte er sich auf der harten Britsche.

Tritte. — Schlüsselgerassel. Flüstern und Anarren der Riegel.

Dann das Schnarren: „Aufstehen! Raus!“

Im fahlen Mondschein auf dem langen Korridor blickten Bajonette, dazwischen die Augen Heinrichs.

Es war nach Mitternacht, als ihm der Oberkriegsgerichtsrat zuredete:

„Ich kann Ihnen nur raten, Aussagen zu machen! Denn sonst, Sie wissen — das Gesetz — der Paragraf — Reuterei — Sie werden erschossen!“

Sagen Sie ruhig die volle Wahrheit!

Dann — vielleicht läßt sich die Sache noch reparieren!“

Im Nu war jedes sentimentale Gefühl von Heinrich verschwunden, die Krisis überstanden.

Trotzig erwiderte er: „Ich protestiere gegen meinen Haftbefehl und beschwere mich darüber!“

Höhnisch grinst der kaiserliche Oberkriegsgerichtsrat: „Trotzen Sie sich nur! Wir haben alle, nicht nur Sie. Genügt Ihnen das?“

Heinrich lag wieder in seiner Zelle.

Den dicken Strich unter sein Leben hatte er gezogen.

Rebellenstolz erleichterte sein Gemüt.

Und bald schlief er fest.

Endlich wurde Heinrich zur Aburteilung vorgeführt.

Gerade als wenn ihm die Sache nichts anginge, so ließ er sich auf der Anklagebank nieder.

Nachdem vier Heizer der „Westfalen“ beschworen hatten, Heinrichs Stimme sei dieselbe, welche damals im Kanal die fassenden Befehle in die Heize- und Maschinenräume gegeben, zog sich das Militärgericht zurück zur Beratung.

Dann schallte das Urteil.

„Im Namen des Königs ist der Angeklagte, der Matrose Heinrich Hölzel, vom Kommandanturgericht Wilhelmshaven wegen verführter Reuterei zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt!“

Wie eine Badpfeife nahm Heinrich den Richterspruch hin.

In seiner Zelle aber durchriefte ihm trotz allem Freude. Denn Jann mußte es gelingen sein, die Bomben und sich selbst in Sicherheit zu bringen.

So dankbar wir auch anerkennen, was das Ausland tut, die Not der deutschen Kinder zu lindern, so kann unmöglich der Hunger eines ganzen Volkes durch Liebesgaben gestillt werden. Leider ruht die Verteilung dieser Liebesgaben in der Hauptsache in den Händen des Roten Kreuzes, dessen Vorstand zusammengesetzt ist aus geheimen Räten und Erzherzogen und allen hervorragenden Stützen des alten Systems. Wir Sozialisten sind uns klar darüber, daß diese ganze Wohlfahrtsorganisation nichts anderes unternimmt, als den Versuch, mit einem Fingerhut ein Meer auszuschöpfen zu wollen.

Der Kindernot und dem Kinderelend im Besonderen, und der ganzen Ernährungsnot im allgemeinen kann unter dem herrschenden Wirtschaftssystem überhaupt nicht abgeholfen werden. Von Kriegsbeginn an hat die Landwirtschaft dem Bestreben, die Produktionsverhältnisse der Lebensmittel dem Volksbedürfnisse anzupassen, den größten Widerstand entgegengebracht. Alle Brämen und alle Preisverhöhrungen bildeten niemals einen Anreiz zur besseren Ablieferung, die sich von Tag zu Tag verschlechterte. Bis zur Stunde muß die Bevölkerung in jedem Pfund Mehl, in jedem Stück Speck, in jedem Liter Milch einen Tribut entrichten an die Grundbesitzer. Die landwirtschaftlichen Erzeuger kannten und kennen nur

das kapitalistische Prinzip „Reichere Dich“.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat gezeigt, was bei dem „freien Spiel der Kräfte“ herauskommt: Hunger und Not auf der einen, übermäßiger Gewinn auf der anderen Seite. Aus dem Elend unserer Ernährungsnot kann nur helfen die Produktionssteigerung, der Agrarkapitalismus hat die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht erhöht, sondern verringert. Wir müssen deshalb zu einer Systemänderung unserer Wirtschaft kommen, die den Bedarf der Allgemeinheit deckt. Zu diesem Zweck müssen wir einmal die Sozialisierung des Großgrundbesitzes und der Forsten durchzuführen, und zum anderen bei den Kleinbauern durch genossenschaftlichen Zusammenschluß zur Erhöhung der Produktion gelangen.

Abg. Dr. Böhm (Dem.) weist den Vorwurf, daß Minister Hermes einseitig landwirtschaftliche Interessen vertreten würde, als unangebracht zurück. Redner wendet sich scharf gegen die Siedlungspolitik des preussischen Landwirtschaftsministeriums und erklärt, daß die nun erlassenen Ausführungsbestimmungen die Siedlungen nur hindern, statt sie zu bessern.

Preussischer Landwirtschaftsminister Braun wendet sich gegen die Angriffe des Vorredners und weist darauf hin, daß der Vorredner von den Schwierigkeiten anscheinend keine Ahnung habe. (Sehr richtig!) Ich bitte doch, in Zukunft bei so wichtigen Dingen keine Bahirede zu halten, sondern nur sachliche Darlegungen der Kritik zugrunde zu legen. (Beifall links.)

Abg. Barz (Kom.): Unsere Landwirtschaft beruht gänzlich auf kapitalistischer Grundlage und ist mit allen Schwächen und Fehlern des kapitalistischen Systems belastet. Das ist auch die Ursache, daß wir aus dem Sumpfe unserer Ernährungsnot nicht mehr herauskommen können. Bevor die Landwirtschaft etwas herausgibt, muß sie zuvor wissen, daß ihr Gewinn gesichert ist. Der einzige Zweck der landwirtschaftlichen Produktion ist heute die Bereicherung. Eine Besserung wird erst dann eintreten, wenn unter dem System des Sozialismus und des Kommunismus das erzeugt werden wird, dessen das Volk bedarf.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Böhm und dem preussischen Landwirtschaftsminister Braun, schließt die allgemeine Aussprache. In der Spezialdebatte erhält das Wort:

Abg. Hofes (U. S. P.):

Die Tendenzmeldung von der Ablieferung der Milchkühe, wurde in unerhörter nationalisistischer Weise ausgeschlachtet. Warum hat der Minister dagegen nichts unternommen, ganz besonders nicht gegen die nationalisistische Ausbeutung des deutschen Vorkriegsstandes. (Sehr richtig links, Unruhe rechts, Zwischenrufe.) Zu lebhafter Unruhe kommt es dann, als der Redner die ähnliche Stellungnahme des preussischen Wohlfahrtsministers als nicht im Interesse der hungernden deutschen Kinder bezeichnet. Ich bedauere, daß der Minister von der nunmehr erfolgten Verhandlung nicht schnell genug und ausführlich Mitteilung gemacht hat.

Abg. Wiebel (D. Sp.) weist die Angriffe des Vorredners gegen den deutschen Metzlerverband mit nationalisistischen Einwänden zurück. Wir haben durch das Verkündungswort schon genug Unheil erlitten. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Abg. Ernst (U. S. P.) fordert Verantwortung der schon im Ausschusse gestellten Frage, wie es mit der Dienstwohnung des Ministers bestellt sei, für die zweimal je 15 000 Mark in den Etat eingelegt sind.

Das Opfer

Aus dem Manuskript eines Romans von Albert Dandistel (z. St. Festungsgefangener).

Der Arzt selbst und der Sanitätsgast reinigen die vom Salzwasser weißgefressenen Verwundungen und legen Verbände an.

Dann wickeln die Matrosen ihre getreteten Kameraden in dicke Woldecken und betten sie in die Kojen.

Mittlerweile waren die grauhaft verstümmelten Leichen geborgen und, wie sie aufgefischt waren, mit umgeschmolzenen Schwimmwesten an Deck aufgelistet, mit Tauen seefest gesichert und mit der Kriegsfahne bedeckt.

Dann ging der Arzt zum Kommandanten auf die Brücke und meldete:

„Vier Mann getötet! — Leicht verwundet!

Fünfzehn Leichen! —

Kommandant, Maschinist wie der übrige Teil der „Polarfarn“ — Befahrung nicht aufgefunden!“

Der Maschinentelegraph rasselte.

Die Turbinen fingen an zu arbeiten.

Bittern geht durch den Zerstörer. —

Heinrich öffnet die Augen.

Er schaut fremd. — — —

Die äußerst zähe Lebensenergie Heinrichs hatte ihm endlich wieder auf die Beine geholfen.

Wohl war er noch schwach.

Wohl durchzog noch rheumatischer Schmerz wie Stachel durch seinen Körper.

Aber er rauchte und lachte wieder.

Sein unerschütterliches Selbstbewußtsein, vor allem trotzendem Rebellengeist litt nicht, daß Schicksalsverfolgungen an seiner Lebenslust und seinem Lebensmut nagten. Sein unverwundlicher Humor äußerte sich recht kennzeichnend, wenn seine Freunde ihn bei ihren Besuchen zu bemitleiden angingen.

„Quatsch! — Beinahe ist noch nicht ganz!“

„Lebensfalls! — Auf 'ne Leuchtbombe in der Zade, Wessert oder Schmandung haben sie mich ebensowenig rausgekriegt als auf den „Roten Sand!““

„Aber dafür schiden sie mich jetzt auf Erholungsurlaub nach Kiel!“

„Haha!“

Gerade das Gegenteil von dem, was die Bande wollte, habe ich erreicht!“

Es war Herbst 1915.

Eine Eskorte der Marine-Infanterie übernahm Heinrich

Der Vertrauensmann hatte ihn doch nicht denunziert.

Und deshalb triumphierte er.

Die Aktion ist nicht verraten.

Nun mag geschehen, was will.

Der revolutionäre Zirkel besteht!“ —

Anfangs Dezember 1915 wurde Heinrich von drei bewaffneten Unteroffizieren nach der Marinestrafanstalt Köln am Rhein transportiert.

Durch strahlendes Großstadt-Abendleben, dardel an tannenduftenden Plätzen, schloste die Militärbesette ihre Beute nach der Höhle.

Das schwere Tor der Festung hatte sich hinter Heinrich geschlossen.

Unaufhörlich schüttelte der Himmel Regen.

Eine Stunde schon stand Heinrich im Festungshof vor dem Aufnahmebureau.

„Richtig donnerte ein Hauptmann:

„Wo ist der Kerl?“

Und während der Dom feierliches Geläute über die weihnachtsfrohe Stadt goss, zählte der Offizier nach Heinrich: „Freunden! — Den Schlüssel zu dem Eingangstor haben Sie!“

Entweder Sie fügen sich bedingungslos oder Sie kommen Ihrer Lebtage nicht wieder hinter diesen Mauern raus!

„Verstanden?“

Und wieder zählte er:

„Hinleg'n! — Auf!“

Dahin marsch marsch! — Zurück marsch marsch!“

Bezlos waren Befehle gedrohenes Opfer zu Boden und schleiften es im Dreck, bis es abgehakt liegen blieb.

Hungrig, müde, matschig bis auf die Haut, trieben dann die Heizer nach schamloser Leibes- und Asterspaltung Heinrich in den Keller und schmissen ihn auf sein Lager.

Doch die Nacht, die furchtbare Nacht, erbarmte sich endlich über das Grauen.

Zerrütet sank Heinrich in wohlthuende Erschöpfung. —

„Ist der Kerl noch nicht hoch?? — Was!!!“

Erschreckt schellte Heinrich vom Lager in militärisches Starren.

„Kübel raus!“

Weihnachtsmorgen hatte geweckt. Die Klappe an der Zellentür, durch welche die Nahrung gereicht wurde, fiel zurück.

„Kaffee!“

„Brot gibt's heute...!!!“

Der Schlag der zugeworfenen Kosttür verschluckte die letzten Worte.

(Schluß folgt.)

Der Präsident Dr. Bell erklärt, daß die Wortmeldungen nicht annehmen, so daß kaum mehr Aussicht besteht, mit dem Etat des Ernährungsministeriums fertig zu werden.

Hg. Bernheim (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Hg. Wiesel und betont die unbedingte Notwendigkeit, zu besseren Beziehungen mit den Nachbarländern zu kommen. Die Sprache der Reichsparteien ist geeignet, die Situation Deutschlands nach mehr zu verschlechtern. (Widerspruch rechts. Sehr richtig! links.) Das ist Hochverrat an deutschen Volk. (Tumult rechts. Zurufe: Unverschämtheit. Beifall links.)

Hg. Ledebour bemängelt zur Geschäftsordnung, daß der Minister nicht mehr im Hause sei, besonders angeht der an ihn persönlich gerichteten Anfragen. Verantwortungslose Geheimräte und beschäftigungslose Minister, die herumstehen, helfen uns nichts. Wir verlangen die persönliche Anwesenheit des Ministers. Wir beantragen deshalb Suspendierung der Sitzung bis zum Erscheinen des Ministers. — Der Antrag wird mit allen Stimmen gegen alle sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Hg. Dr. Herz (U. S. P.):

Wir wären froh, wenn wir nicht dauernd persönlich gegen den Ernährungsminister Stellung zu nehmen bräuchten. Aber sein Verhalten und die Verhältnisse in seinem Amt zwingen uns dazu. Schon wieder ist von einer neuen Bestechungsaffäre die Rede. Der Fall des Reg. Rates Dr. Fürst der Einfuhrabteilung des Ernährungsministeriums beschäftigt derzeit die Presse. Der Minister behauptet, daß, solange Fürst im Ministerium gewesen sei, er keine pflichtwidrige Handlungswiese bei ihm festgestellt habe, die Vorwürfe seien erst nach seinem Abschied gegen ihn erhoben worden. Dem entgegen verweise ich auf den Brief, den schon im Juni der Betriebsrat der Reichsfesthalle an den Minister geschickt hatte, aus dem klar hervorgeht, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Die Eingabe vom 9. Juni wurde nie beantwortet. Auch der Presse ist jetzt keine Berichtigung zugegangen. (Hört, hört! links.)

Ein Regierungsvertreter (in Abwesenheit des Ernährungsministers): In dem vom Herrn Hg. Herz angeführten und zitierten Brief findet sich kein Hinweis auf eine Schuld des Dr. Fürst.

Hg. Herz (U. S. P.): Der Herr Regierungsvertreter konnte auf meine Behauptungen nichts Stillschweigendes erwidern. Infolgedessen bleibt es dabei, daß das Ernährungsministerium gegen Korruptionserscheinungen nichts unternimmt.

Damit schließt die Debatte. Mittwoch 1 Uhr: Reichshaus, Hauptplan: Abstimmung über den Etat des Reichsernährungsministeriums; zweite Lesung des Gesetzes über die Kapitalstadt, Interpellation Herz (Dnail.) über die russischen Kriegsgefangenen. Schluß 7 Uhr.

Altersgrenze für Beamte—Ziegenböcke—Forstetat

Aus der preussischen Landesversammlung

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung nahm der Vizepräsident Dr. Borzich Stellung gegen eine Vorgehensweise. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hatte behauptet — jedenfalls aus Verger gegen das Vorgehen der Behörden gegen die Schloßmehlwirtschaft —, daß im Restaurant des Abgeordnetenhauses Berge von Kuchen verteilt würden, woran besonders die linksradikalen Abgeordneten sich beteiligten. Der Präsident wies diesen Kauf aus gelegten, Schwindel scharf zurück. Er stellte fest, daß im Abgeordnetenhaus weder in Kuchen noch in sonstigen Sachen geschmeckt werde.

Auf der Tagesordnung standen eine Reihe kleiner Gesetzentwürfe, die meist debattelos erledigt wurden. Zu der Abstimmung über die Anträge über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften wurden die Anträge der Linken abgelehnt. Die Fraktion der S. P. D. war sehr schwach vertreten.

Eine Aussprache gab es bei der dritten Beratung des Gesetzesentwurfes betreffs Einführung einer Altersgrenze für Beamte. Bei diesem Thema lassen es sich die im Hause vorzietenden Beamten nicht entgehen, durch eine längere oder kürzere Rede ihr Interesse für die Beamtenfrage zu bekunden. Streitgegenstand der Auseinandersetzung war das Alter, bei dem die Zwangspensionierung für Beamte eintreten sollte. Die Regierung schlägt vor im allgemeinen 65 Jahre, für richterliche Beamte 68 Jahre. Die Linke unterstützt diese Vorschläge, die Rechte und das Zentrum möchten aber die Grenze auf 68 bzw. 70 Jahre hinaufsetzen. Die Rechte fühlt sich bei einer Verlängerung des Beamtenalters nicht bedrückt. In der zweiten Lesung war es der Rechte bereits gelungen, die Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen in die Gruppe der 68er, zu den richterlichen Beamten hinzuzurechnen. Jetzt bei der dritten Lesung suchte sie ihre weitergehenden Wünsche durchzusetzen. Sie schickte eine ganze Reihe Reden vor, denen die Redner der S. P. D. und Demokraten sowie der Finanzminister Lüdemann entgegentraten. Unsere Fraktion beteiligte sich an dieser Debatte nicht, doch stimmte sie bei der Abstimmung gegen die Anträge der Rechte und auch gegen die Ausnahmebestimmung der Regierungsvorlage betreffs richterliche Beamte. Ueber den Hauptantrag: Hinaussetzung der vorgeschlagenen Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre wurde namentlich abgestimmt. Es wurden 64 Stimmen für und 115 Stimmen gegen diesen Antrag abgegeben bei 8 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist also abgelehnt. Dann verhandelte die Rechte, durch eine neue namentliche Abstimmung wenigstens für ihre richterlichen Beamten das 70. Lebensjahr zu retten, aber vergeblich. Dieser zweimalige Scheitern erboste die Herrschaften auf der Rechten und im Zentrum dermaßen, daß sie nunmehr einen parlamentarischen Sabotageakt ausführten. Sie beantragten eine noch massigere namentliche Abstimmung darüber, daß in den ersten zwei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes (1. 4. 21) die Altersgrenze auf 69 und 70 Jahre festgesetzt werden sollte. Bei dieser Abstimmung kommandierte die Rechte sowie die Radikale ab, daß das Haus beschlußfähig wurde. Damit flog die Sitzung auf. Die ganze Arbeit war also vergeblich.

Die neue Sitzung begann mit einer interessanten Debatte über die Haltung von Ziegenböcken. Nach dem betreffenden Gesetzentwurf sind die Gemeinden verpflichtet, Ziegenböcke zu halten im Verhältnis der vorhandenen Ziegen. Bei weniger als 30 Ziegen in einer Gemeinde braucht kein Ziegenbock gehalten zu werden. Entsprechende Bestimmungen sollen auch in Stadtkreisen angewendet werden können. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgte noch die Weiterberatung des Forstetats, die noch zwei Redner der Rechten und den Minister Braun auf die Rednertribüne brachte. Aus den Ausführungen des Ministers sei hervorgehoben, daß er jeden Forstbeamten zur Verantwortung zu ziehen versprach, der einen Forstarbeiter wegen seiner Organisationszugehörigkeit oder wegen seiner politischen Gesinnung aus der Arbeit entlassen werde. Von unserer Fraktion sprach noch Genosse Bellen, der behauptete, daß die Forstbeamten und Forstarbeiter vorbrachte. Den militärischen Geist in der staatlichen Forstwirtschaft und insbesondere in der Forstschule Steinbuch kritisierte unser Redner scharf. Er verlangte ferner die Ausschaltung jedes Privatunternehmens aus der staatlichen Forstwirtschaft, wie wir es auch aus allen anderen staatlichen Unternehmungen fordern. Die Behauptungen von Forstarbeitern über mangelhafte Wohnungen brachte unser Redner ebenfalls vor. Er schloß an an die Bemerkungen des Redners Beller, von der Deutschen Volkspartei, der darauf hingewiesen hatte, daß der Wohnungsmangel auf frühere Sünden zurückzuführen sei. Unser Redner meinte dazu, eine schärfere Kritik an dem früheren Dreiklassenparlament könne er auch nicht geben.

Aus dem Reichswirtschaftsrat

Produktive Erwerbslosenfürsorge

In der Weiterberatung des Antrags Wiesel über die produktive Erwerbslosenfürsorge bestritt der Vertreter des deutschen Bauarbeiterverbandes, Horter, die Behauptung des Berichterstatters, daß die Arbeitslöhne 45 Prozent der Baukosten ausmachen. Ebenso würde die Verlängerung der Arbeitszeit die Baukosten nicht verringern, wohl aber die Zahl der Erkrankungen und Unfälle vermehren. Die durchaus mögliche Verbilligung der Baustoffe sei die Hauptfrage. — In der weiteren Debatte betonte Um dreit vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die außerordentliche Schwierigkeit der Beschaffung von Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Er tritt für die Bildung von Selbstverwaltungskörpern unter Beteiligung der Arbeiterschaft ein. Von der fünfjährigen Rietssteuer verspricht er sich nicht viel und sieht das einzige Heil in der gemeinwirtschaftlichen Organisation der Baustoffindustrie. — Oberbürgermeister Büler-Dresden als Vertreter der Hausbesitzer fordert zum sparsamen Bauen auf und wendet sich gegen den staatlichen Fortschritt, der so hohe Preise für das Bauholz fordere. — Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärt Ministerialdirektor Krüger, daß Bauzuschüsse ohne Deckung nicht bereitgestellt werden könnten. Ueber die Rietssteuer habe der Reichstag zu entscheiden. Augenblicklich beschäftigt sich das Kabinett mit dieser Angelegenheit.

Ein hohes Lied auf die freie Konkurrenz, gegen die Gemeinwirtschaft, gegen die Steigerung der Löhne, aber für die Steigerung der Arbeitsleistung läßt Baumüller Noack als Vertreter der selbständigen Handwerker ertönen, während der famose Herr Bedmann (Gewerkschaftsbund der Angestellten) die Höchstlöhne als einen ganz plumpen Eingriff bezeichnet. Dieser auch Angestelltenvertreter erzählt, daß eine Wohnungsnot nur für die Flüchtlinge und jungen Ehepaare bestehe. Man brauche nur enger zusammenzurücken, man brauche nur die Rietssteigerung freizugeben, dann sei die Wohnungsnot beseitigt. Was wohl die Angestellten, die hinter Herrn Bedmann stehen, zu dieser sonderbaren Theorie lagen werden?

Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters wird mit großer Mehrheit ein Antrag Horter angenommen, der die Leitsätze dahin ändert, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit der Bauarbeiter nicht gefordert und Akkordarbeit nur nach tariflicher Vereinbarung zulässig sein soll. Die Leitsätze des Unterausschusses werden hierauf einstimmig angenommen, desgleichen ein Antrag Wiesel auf Bildung eines Ausschusses von 24 Mitgliedern für Wohn-, Bau- und Siedlungswesen. — Ergebnis: Ein Ausschuß mehr.

Ein Unternehmervorstoß

Abgeordneter von Siemens begründet einen Antrag, die Reichsregierung zur Abgabe einer Erklärung darüber aufzufordern, warum sie der einstimmig abgegebenen Forderung des Reichswirtschaftsrats bei der endgültigen Abfassung der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen nur zu einem Teil Folge gegeben habe. — Staatssekretär Hirsch erklärt, daß die Regierung aus rein juristischen Gründen den Antrag des Reichswirtschaftsrates gebilligt habe. — Die Abgeordneten Um dreit und Heller stimmten dem Staatssekretär zu, während Kaufmann Hansen erneut gegen die Regierung Sturm läuft wegen dieser Abänderung, die nicht im Reichswirtschaftsrat erneut vorgelegt worden seien. — Staatssekretär Hirsch entscheidet die Regierung damit, daß im vorliegenden Falle die Sache äußerst dringend gewesen sei.

Der Antrag von Siemens wird gegen wenige Stimmen angenommen. Die zweite Lesung des Betriebsbilanzgesetzes wird auf Mittwoch vertagt, weil die Verhandlungen zwischen den Gruppen noch nicht erledigt sind. Ein Antrag auf unverzügliche Vorlegung einer Uebersicht über die noch fortbestehenden Kriegsgesellschaften oder Kriegswirtschaftsgesellschaften wird einstimmig angenommen. Der Vorsitzende verliest darauf ein Telegramm der außerordentlichen Vertreterversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, worin diese Organisation eine Vertretung im Reichswirtschaftsrat fordert.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr: Zweite Lesung des Betriebsbilanzgesetzes; Interpellation Cohen über die technische Koliville.

Lahmlegung des Flugzeugbaues

Protestbewegung der Arbeiterschaft

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Entente den Bau von Flugzeugen für Verkehrszwecke verboten oder doch so unter ihre Kontrolle gestellt hat, daß es einer völligen Lahmlegung der Flugzeugindustrie gleichkommt. Die Durchführung der von der Entente geforderten Maßnahmen würde die Protosismachung vieler tausender Arbeiter bedeuten und Deutschland könnte in keiner Weise die Erfahrungen auf dem Gebiete des Flugzeugbaues für friedliche Zwecke nutzbar machen. Die Arbeiterschaft der durch das Ententegebot betroffenen Betriebe hat sich aus diesen Gründen zu einer Abwehraktion zusammengeschlossen und sie wendet sich durch einen Aufruf an die übrige Arbeiterschaft mit der Bitte um Unterstützung. In dem Aufruf heißt es:

Jetzt im Winter, wo die Zellen ganz besonders schwer sind, sollen wir um unsere Existenz gebracht werden. Wenn wir auch nur mehrere Tausend sind, denen jetzt dieses traurige Los bereitet werden soll, so müssen wir doch erwarten, daß sich die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands mit uns solidarisch erklärt, um die nicht gerechtfertigten Forderungen der Entente einmütig abzulehnen. Wir sind uns wohl bewußt, daß die frühere kaiserliche Regierung in bezug auf den Krieg große Schuld trägt und daß das deutsche Volk verpflichtet ist, nach Kräften wieder gutzumachen, was den Nachbarvölkern schließendlich durch den Feldzug widerfahren ist. Wir wollen den Vertrag, den wir angenommen haben, soweit erfüllen, wie es möglich ist, aber wir müssen uns auf der anderen Seite auch ganz entschlossen dagegen wehren, daß dieser Vertrag, der schwer auf unserem Volke lastet, noch schwerer gemacht wird durch Zulasse, die auch die Reste unseres Wirtschaftslebens zerstören. Wir verstehen, daß die Entente noch militärisches Viltirauen hat, wenn wir an die ewigen Repanchements nationale Interessen denken und an die Orgele und ähnliche Gebilde, die immer noch bestehen, denken. Aber wir geben hier vor aller Welt nach bestem Wissen und Gewissen die Ueberszeugung kund, daß eine militärische Gefahr aus der Luft in der Tat nicht mehr vorliegt. Ihr wißt ja, Kollegen, daß bereits 27 000 Flugmotoren und 14 000 Flugzeuge hier reiflos zerstört wurden, und Ihr wißt weiter, daß die wenigen Fabriken, in denen noch Flugzeuge gebaut werden, lediglich Verkehrsflugzeuge herstellen, die für einen Krieg überhaupt nicht in Frage kommen, ganz abgesehen davon, daß die Zahl, die wir monatlich herausbringen, nur eine sehr kleine ist.

Wir geben hier öffentlich die Erklärung ab, daß wir weiterhin eine Fabrikation von Kriegsflyern nicht zulassen werden und daß wir stets ein wachames Auge auf alle solche Bestrebungen, die etwa wieder einmal an den Tag treten könnten, haben werden. Da dies so ist, wollen wir aber auch mit ganzer Kraft dafür eintreten, daß man friedliche Wirtschaftszweige am Leben läßt und sie nicht ausrötet und uns damit noch weiter in den Abgrund hineinreibt. Im vorliegenden Falle kommt hinzu, daß nach reiflicher Prüfung der Angelegenheit eine rechtliche Handhabe für die Entente nicht besteht.

Der Aufruf erinnert dann weiter daran, daß, wenn die Flugzeugindustrie und die Flugmotorenindustrie ausgehaltet wird, auch sehr viele andere Betriebe, die Zubehörtteile herstellen, stark in Mitleidenschaft gezogen werden und daß das deutsche Verkehrsflugwesen, das

jetzt sehr klein ist, doch die Möglichkeit in sich birgt, einmal einen großen Aufschwung zu nehmen, der vielen Arbeitern Beschäftigung und Brot bringen wird.

Der Aufruf ist unterzeichnet von den Arbeitern und Angestelltenräten der Firmen Junkers-Desau, Fokker-Schwerin, Sablatnik Flugzeugbau, Lloyd-Luftverkehr-Sablatnik, Deutsche Luft-Reederei, Benz, Mannheim, Daimler-Benz, Marienthal.

Die Entente hat schon vor einigen Wochen den Widerstand der Arbeiter und Angestellten herausgefordert, als sie die sinnlose Forderung stellte, den Bau von Dieselmotoren einzustellen. Wir hoffen, daß auch in diesem Falle die Arbeiterschaft Widerstand leistet und daß vor allem der Gewerkschaftsbund der Entente das Unnütze ihrer Forderungen klar macht. Wir haben kein Interesse an dem Bau von Kriegsflyern, aber der deutschen Industriekann und darf der Bau von Verkehrsflugzeugen niemals unterdrückt werden.

Der demokratische Parteitag

Am Dienstag hielt Dr. Th. Heuß einen Vortrag über den demokratischen Staat und die Volksgemeinschaft. Er verlangt, daß die Demokraten sich gegen die monarchische Legende wenden. Die deutsche Fürstengeschichte sei für die Entwicklung der nationalen Gefühle und des nationalen Willens ein Hemmschuh gewesen. Der größte Revolutionär des 19. Jahrhunderts war Bismarck, der die Throne von Hessen und Hannover umwarf. Die Politik dürfe nicht völlig von der Wirtschaft abgelöst werden. Demokratie sei nicht nur eine Form des inneren Aufbaues des Staates, sondern sie bedeute darüber hinaus, daß kein Mensch zum Mittel in der Hand eines anderen werden könne, sondern seine eigene Persönlichkeit behalte. Die Kernfrage der demokratischen Zukunft sei die Führerfrage und die Herstellung eines gemeinsamen Volksgedankens.

Darauf sprach Professor Dr. Baumgarten aus Kiel über Kirche und Schule im demokratischen Staat. Er verlangt völlige Freiheit ohne irgendwelchen kirchlichen Druck. Auch das politische Leben müsse vom konfessionellen Zwang frei werden. Im Widerspruch dazu aber begrüßt er Professor Baumgarten, daß die neue Verfassung sich bemüht habe, dem religiösen Unterricht eine dauernde Stelle im deutschen Schul- und Erziehungsweisen zu sichern. Der Staat solle der Kirche zwar ihre Freiheit geben, aber er dürfe sie sich nicht einfach überlassen und ruhig zusehen, daß sie unter Umständen verderbe.

Ueber die Schule im demokratischen Staat sprach der Reichstagsabgeordnete Schultat Weß aus Nürnberg. Er wünscht, daß die Kinder in der Erziehung nicht von den Zufälligkeiten der Geburt abhängen sollen. Es bestehe die Gefahr, daß die Volksschule nicht folgerichtig durchgeführt werde. Volkliche und staatliche Konzentrierung wissen den Unterricht durchziehen. Weß verlangte, daß der konfessionelle Religionsunterricht einen Bestandteil des Gesamtunterrichts bilden solle. Es wurde nach lebhafter Diskussion eine Resolution angenommen, die den Ausführungen von Baumgarten und Weß entspricht. In einer anderen Resolution wird die freie Entwicklung und die Förderung der Volkshochschulen gefordert.

Aus den Ausführungen aller dieser Redner ging hervor, welchen zwiespältigen Charakter die demokratische Partei aufweist. In ihrer Ideologie sind die demokratischen Führer für alle möglichen Freiheiten, in der Praxis aber können sie diese Freiheiten nur den wirtschaftlich Stärkeren und sorgen durch die Förderung des kapitalistischen Wirtschaftssystems dafür, daß die Lohnarbeitende Bevölkerung immer tiefer in die Abhängigkeit vom Kapital gerät.

Dienstag nachmittag wurde der Parteitag geschlossen.

Der „geleerte“ Reichstag

Ein neues Lied für arilige Reichstagskinder. (Zu singen nach der schönen Melodie von dem „Regerlein“.)

Die Redeschlacht ging her und hin
Im hohen Reichstagshaus,
Da saßen 11 Vertreter drin
Das sah recht kläglich aus.

Man sprach von Ross und von Riß,
Es roch durchaus nicht schön.
Bis einem Übel worden ist —
Da blieben nur noch zehn.

Herr Hermes gab Spezialbericht
Von Kindeich, Schaf und Schwein,
Und als das Haus ne Dufche kriecht,
Da blieben nur noch neun.

Und als ein Herz auf dieses Amt,
Gepöcht mit aller Macht,
Da wurd' noch einer wegge — Rammt,
Es blieben nur noch acht.

Man rief o hol man rief hört, hört,
Bald hüben und bald drüben,
Da hat sich mehr der Saal geleert,
Es blieben nur noch sieben.

Es klagt die Rot der Landwirtschaft
Ein darrisches Gewächs,
Das hat den Heule fingerast,
Da blieben nur noch sechs.

Dann donnerte verwegene Mähe
Ein hoher Herr viel Bloch,
Ach du mein lieber Augustin!
Da ließ der Fürst sie wech.

Der Bierte ist davongehopp
Bei diesem Einerteil,
Der Dritte hat sich totgemopp,
Da blieben nur noch zwei.

Der Eine schließ, der Dritte fiel,
Wohin in Leibesnot,
Und als man Doktor Moses rief,
Da war der Reichstag — tot.

Die Polen brechen den Waffenstillstand. Die litauische Teilgraphen-Agentur teilt mit: Der Waffenstillstandsvertrag wird von den Polen jeden Tag von neuem gebrochen. Soldaten, Kanoniere und Infanterieabteilungen überschreiten täglich die Demarkationslinie. Nördlich von Janischl, wo keine feste Demarkationslinie besteht, wiederholen sich täglich Zusammenstöße unserer Vorposten mit polnischen Soldaten.

Belagerungszustand in Bukarest. Zu dem vor einigen Tagen erfolgten Bombenterrorist wird aus Bukarest gemeldet, daß dieses von Kommunisten verübt wurde, denen es vor einiger Zeit gelang, aus einem Gefängnis in der Nähe Bukarests auszubrechen. Infolge des Treibens der kommunistischen Elemente wurde in Bukarest der Belagerungszustand verhängt.

Groß-Berlin

Die neuen Gemeindefteuern

Das Finanzjahr in der Gemeinde ist nicht minder groß als im Reich oder Staat. Den Gemeinden sind aber bei Erhebung ihres Bedarfs die Hände gebunden.

Zur Deckung des kommenden Finanzbedarfs hat der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung drei neue Steuerordnungen zur Beschlussfassung vorgelegt und zwar:

1. einer Ordnung für die Erhebung einer Gemeindefsteuer von der Erzielung der Erlaubnis zum ständigen Betrieb der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus in der Stadtgemeinde Berlin;

2. einer Wohnsteuerordnung bei vorübergehendem Aufenthalt in der Stadtgemeinde Berlin;

3. einer Ordnung für eine Wohnungszugsteuer in der Stadtgemeinde Berlin. Weitere Entwürfe befinden sich noch in Vorbereitung und werden der Stadtverordneten-Versammlung alsbald zugehen.

Die Absicht ist, schon vor der Vorlegung des Haushaltsplans der Stadtverordneten-Versammlung die Ausschussberatung der Steuerordnungen zu ermöglichen. Trotzdem die städtischen Werke den Verhältnissen entsprechend mit einem angemessenen Einkommen im dem demnächst vorzuliegenden Haushaltsplan einberechnet und die Gebühren und Beiträge im vollen Umfang herangezogen worden sind, ist die Deckung des kommenden Steuerbedarfs durch die zur Verfügung stehenden Steuern selbst bei starker Anspannung nicht zu erhoffen. Hierbei ist besonders zu betonen, daß durch die Reichsfinanzgesetzgebung das Rückgrat für die städtische Steuerverwaltung, die Gemeindefinkommensteuer, verloren gegangen ist, als die Gemeinden auf den Ertrag aus der Gemeindefinkommensteuer des Jahres 1919 mit 25 Prozent Zuschlag beschränkt sind. Für den Umlageverteilungsbeitrag kommen nur noch die Realsteuer und die Betriebssteuer in Frage. Letztere fällt überhaupt nicht ins Gewicht. Von den Realsteuern kommt allein die Gewerbesteuer für stärkere Anspannung in Betracht. Bei der Grundsteuer muß erst der Weg freigemacht werden, der durch die Beschränkung der Mieten verlegt ist. Aus diesem Grunde hat sich der Magistrat gehalten gesehen, für rechtzeitige Deckung des Finanzbedarfs zu sorgen.

Man wird die neuen Steuervorschläge erst vor sich haben müssen, um sich über ihren wahren Charakter und über ihre Wirkung im Urteil bilden zu können. Unser gesamtes Steuerwesen, wie es heute besteht, ist ein vollkommen verkehrtes. Es nimmt während, ohne für vermehrte Wertvermehrung zu sorgen. Das Reich müßte Gewinn und Besitz viel schärfer heranziehen und den Gemeinden das geben, was sie notwendig haben. Was heute das Reich hat, gibt es den Gemeinden nicht, weil es selber bis über die Ohren im Dalles sitzt.

Solidarität

Die Kinderhilfskassen sind noch nicht abgeschlossen. Man sammelt so man kann; selbst Kinder gehen auf den Bettel. Man veranstaltet Konzerte und man macht wie vor dem Kriege auf glänzenden Festen in Wohlthatigkeit.

Die bürgerliche Presse hat sich entrüstet, daß die Berliner Arbeiterklasse sich nicht in das Gefolge der charitativen Vereine, des städtischen Frauenbundes u. a. begeben hat und eine eigene Sammlung für die Kinder angeregt hat. Die Gewerkschaften, die diese Sammlung veranstalten, haben dem vernünftigen Gedanken Raum gegeben, daß man am besten direkt, und zwar den Bedürfnissen, gibt. Wer längere Zeit arbeitslos ist, bei dem bedarf die Bedürftigkeit keiner näheren Prüfung. Nun hat die Arbeiterklasse der Teuerung mit sich selbst zu tun, um durchs Leben zu kommen, es ist aber eine alte Erfahrung, daß der Arme dem Wohlhabenden von dem Wenigen noch gibt, das er hat. Und so gehen wir in Arbeiterkreisen eine Solidarität für die Kinder der Arbeitslosen, die oft rührend annimmt. Auch in Parteienkreisen wird noch für die Kinder der Arbeitslosen der Bezirke oder Bezirke gesammelt und mancher Genosse oder manche Genossin hat oft über ihre Kräfte gegeben. Aber die reinste Freude ist doch immer die, anderen Freude zu machen.

Und nun zerbrechen sich die Genossinnen in den Frauenarbeitskommissionen den Kopf, wie sie am besten und praktischsten die gesammelten Mittel verwenden. Die diese vorbereitende Arbeit über die Kinder ausüben, geben noch besonders aus eigenem Herkommen, was sie können. Die eine Genossin, die „gute Beziehungen“ hatte, mußte herantreten, andere müssen Zunder abgeben, um den Kindern zu Weihnachten auch ein Stück Kuchen auf den Weihnachtstisch zu legen, während die Genossinnen selber oft darauf verzichteten. Es ist ein gutes Stück Solidarität, das sich bei den Weihnachtsvorbereitungen für die Kinder der Arbeitslosen zeigt. Arme sorgen für noch Armerer!

Das Eisenbahnen

Uns wird geschrieben:

Als bei der Neueinstellung des Fahrplans bekannt gegeben wurde, daß auf allen Strecken, soweit wie möglich, eine Verbesserung der Zugfolge stattfinden soll und nur die Strecke Musterhausen dabei wesentlich unberücksichtigt gelassen werden müßte, hat dies bei den Bewohnern, die auf diese Verbindung angewiesen sind, sehr gemischte Gefühle aus. Trotzdem fand man sich damit ab, indem man sich sagte, die allgemeine Not der Zeit läßt es eben nicht zu, daß alle speziellen Wünsche berücksichtigt werden können.

Doch das, was man jetzt auf der Strecke Musterhausen-Görlitzer Bahnhof erlebt, spottet einfach jeder Beschreibung. Mindestens einmal in der Woche kommen die Züge, die morgens von Musterhausen in der Zeit zwischen 6 und 7 Uhr 20 Minuten nach dem Görlitzer Bahnhof fahren, eine halbe bis drei Viertel Stunden zu spät. Von den sonstigen Verspätungen bis zur Dauer von 10 Minuten gar nicht zu reden. Die Folge davon ist die, daß Beamte und Arbeiter, die infolge der Wohnungsverhältnisse in Berlin leben, sich in den an dieser Bahnstrecke gelegenen Vororten wohnen, regelmäßig zu spät kommen. Es müßte doch tatsächlich der Leitung möglich sein, hier geordnete Zustände herbeizuführen; denn allmählich werden von den Bewohnern Klagen darüber geführt, daß die Görlitzer Bahnstrecke zu den unregelmäßigsten der ganzen Reichsbahn gehört.

Man muß von der Eisenbahndirektion endlich verlangen, daß sie den Beweis für ihre Erstickung liefert. So können und dürfen die Zustände nicht weitergehen.

Hygienische Müllbeseitigung

Nach einer vom Deutschen Transportarbeiter-Verband, dem Gewerkschaften und Staatsarbeiter-Verband und dem Bund der technischen Angestellten einberufenen Versammlung hielt Herr Betriebsingenieur Mahlow aus Schöneberg einen Lichtbildervortrag über Müllbeseitigung und Müllverbrennung. Es konnten in der Hauptstadt selber nur Bilder der Anlagen aus Amsterdam und Altona gezeigt werden.

Aus dem Vortrage ist kurz zu erwähnen, daß Schöneberg für die Beseitigung des Mülls elektrische Fahrzeuge verwenden wird. Der Referent betonte besonders die hygienischen Vorteile dieses Systems, die daran liegen, daß ein Umhängen des Mülls vermieden wird, und gab zu, daß dieses System gegenüber dem wirtschaftlichen in Berlin eingeführten Sammelsystemen wirtschaftliche Nachteile habe, daß aber diese wirtschaftlichen Nachteile den hygienischen Anforderungen gegenüber zurückzuführen müssen.

Aus den Ausführungen ging hervor, daß man für Berliner Müll ein Kilogramm mit etwa 1000 Kalorien rechnet. Die Verbrennung des Mülls soll in dem Schöneberger Verbrennungsöfen aus eigener Kraft möglich sein. Sie soll nach den Ausführungen der Referenten sogar noch wirtschaftlich sein, wenn das Müll nur 300 Kalorien enthält. Bei dieser Verbrennung wird gleichzeitig Dampf

erzeugt, welcher an das neben der Verbrennungsanlage gelagerte Elektrizitätswerk abgegeben wird. Der Erlös aus der Abgabe dieses Dampfes stellt die Haupteinnahme dar. Außerdem wird mit der restlichen Bewertung der Verbrennungsrückstände gerechnet. Sollte wider Erwarten das Müll aus eigener Kraft nicht brennen, so sollen die Reste aus Gaswerten, Elektrizitätswerten dem Müll zugeführt werden, nötigenfalls billige Brennstoffe.

In der Diskussion führte demgegenüber Direktor Lautenberg von der städtischen Müllabfuhr Charlottenburg aus, daß Charlottenburg sich seit 20 Jahren bereits mit der zweckmäßigsten Lösung der Müllabfuhrfrage beschäftigt habe. Es wurden auch zahlreiche Verbrennungsvorläufe mit Charlottenburger Müll sowohl in Charlottenburg als in auswärtigen Verbrennungsanlagen gemacht. Leider war ein wirtschaftliches Ergebnis nicht zu erzielen. Der Kalorienbestand im Müll sei auch ganz verschieden, er wechsle zwischen 700 und 1100 Kalorien je Kilogramm. Auf dieser Grundlage und nach den gemachten Erfahrungen konnte in Charlottenburg der Bau einer Verbrennungsanlage nicht befürwortet werden. Wenn Charlottenburg, selbst unter der Voraussetzung der technischen Möglichkeit, das Müll aus eigener Kraft zu verbrennen, eine Verbrennungsanlage einrichten würde, so würden die Kosten für Verzinsung und Amortisation des zum Bau dieser Anlage benötigten Kapitals bedeutend höher sein als die Kosten, welche der entsprechende Betriebsvorgang nach dem heutigen Verfahren Charlottenburgs verursacht. — Hinsichtlich der eigentlichen Abfuhr betonte er, daß nach langen, eingehenden Versuchen Charlottenburg zu der Überzeugung gekommen ist, daß gerade im Müllabfuhrbetrieb für die Charlottenburger und damit auch für die Berliner Verhältnisse der Pferdebetrieb bei Anwendung des Sammelsystems billiger und betriebssicherer

Genossen! Metallarbeiter!

Die Neuwahlen für eure engere Verwaltung stehen bevor. Es geht um die Frage:

Gewerkschaftsputschismus — Zerstörung der Einheit auf Moskauer Befehl

oder

Revolutionäre Gewerkschaftstaktik der Arbeiterklasse und praktische Tagesarbeit zum Nutzen der Mitglieder.

Es gilt den Kampf! Jeder setze sein ganzes Können ein! Werbt die Massen für die

Liste Ziska-Uhrich.

better als der elektromobile Abfuhrbetrieb. Wenn beispielsweise Charlottenburg das in Schöneberg geplante Abfuhrverfahren einführen würde, so würde dieser Betriebsvorgang für Charlottenburg jährlich etwa 2,4 Millionen Mark mehr Kosten verursachen als die Abfuhr nach dem jetzigen Charlottenburger Sammelsystem. Das Sammelsystem entspricht durchaus den hygienischen Mindestforderungen. Es sei daher nicht angängig, aus hygienischen Gründen ein System einzuführen zu wollen, welches Groß-Berlin laufend im Jahre 24 Millionen Mark Mehrkosten verursachen würde; solange wir nicht notwendigerweise hygienische Aufgaben hinsichtlich der Unterbringung von Einwohnern in geeigneten Wohnräumen gelöst haben, können wir uns zu derartigen Ausgaben aus hygienischen Gründen nicht entschließen.

Die in der Versammlung anwesenden Teilnehmer verhielten sich in der überwiegenden Mehrheit ablehnend dem Schöneberger Abfuhrsystem gegenüber.

Die Kommunisten im Rathause sind sehr produktiv. Sie wollen ihre revolutionäre Tätigkeit mit der Produktion einer Unmenge von Anträgen beweisen, als ob diese Anträge-Fabrikation zu einer praktischen Betätigung führen könnte. Wir verdanken den Kommunisten nicht, daß sie Anträge stellen oder Auskünfte erteilen, obwohl sie in den Deputationen, in die sie hineingegangen sind, ihrem Latendrang die Fügel schießen lassen können; was aber bedenklich ist, ist die Tatsache, daß durch die allzu breite Aufmachung der Anträge die wichtigsten Angelegenheiten nicht zur Erledigung kommen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung begründete der Stadtverordnete Degner einen Antrag seiner Freunde, der sich auf die Beamten bezog, in solch breiter Weise, brachte alles mögliche und unmögliche in die Begründung hinein, daß die Diskussion kein Ende nehmen wollte. Der Erfolg war, daß der Antrag unserer Genossen, der die Stadtverordnetenversammlung zu einem Proteste gegen die Nichtbefestigung Löwensteins veranlassen sollte, wegen vorgeschrittener Zeit nicht mehr zur Verhandlung kommen konnte. Weniger Schwächen wäre mehr.

Die Milchlieferung der Krankenarten. Bei der Beseitigung der 1/2 und 1/4 Liter-Krankenarten tritt in dem bisherigen Bezirk der Heilstelle Groß-Berlin vom 1. Januar 1921 ab folgende Neuordnung in Kraft: Die angegebenen Krankenarten werden nicht mehr durch Kuhhaltungen (gewerbliche Kuhhalter und Selbstversorger) geliefert. Die genannten Kuhhaltungen dürfen daher schon jetzt für den Monat Januar 1921 und weiterhin keine Anmeldungen auf 1/2 und 1/4 Liter-Krankenarten mehr entgegennehmen, sondern lediglich solche auf A. B. und C. Karten, sowie auf A-Karten für Schwangere und auf 1/2 und 1 Liter-Krankenarten. Ausnahmen können den Kuhhaltungen nur, falls es das Interesse der Bevölkerung erfordert, bewilligt werden. Diese Regelung greift Ploß, um bei den notwendigen Kürzungen an Krankenmilk alle Verbraucher gleichmäßig zu stellen und Versorgungsengpässe zu vermeiden.

Die Finanz- und Steuerdeputation der neuen Stadtgemeinde Berlin hielt gestern vormittag im Rathause in Berlin ihre erste Sitzung unter Leitung des Stadtkammerers Böh ab. Es wurde zunächst die Frage eines Arbeitsplanes erörtert. Als wichtigste Aufgabe wurde die Aufstellung der Stadthaushaltspläne für die Jahre 1920 und 1921 und Herstellung des Gleichgewichtes der Einnahmen und Ausgaben hervorgehoben. Eine weitere Aufgabe wird die künftige Einrichtung der Finanzverwaltung und Abgrenzung der Zuständigkeit der Zentral- und der Bezirksverwaltungen sein. Der Kammerer gab einen kurzen Überblick über die Finanzlage der neuen Stadtgemeinde. Eine Aussprache hierüber soll in der nächsten Sitzung, am Sonnabend, stattfinden. Die Notwendigkeit einer umfassenden Mitarbeit der Deputation an den großen Aufgaben der städtischen Finanzverwaltung wurde allseitig anerkannt. Der Stadtkammerer stellte die baldige Vorlage eines ausführlichen Finanzberichtes, der auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll, in Aussicht.

Ein Mordverdict, das zur Alarmierung des Nordbereitschaftsdienstes der Berliner Kriminalpolizei führte, war gestern vormittag in Wilmersdorf verurteilt. Dort war der 43 Jahre alte Architekt Ernst Streit in seiner im dritten Stockwerk des Hauses Wilhelmstraße 8 belegenen kleinen, aus Stube und Küche bestehenden Wohnung unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden. Der Mann war seit 14 Tagen nicht gesehen worden und in seiner Bekleidung war alles in großer Unordnung. Zur Aufklärung des Verbrechens begaben sich der Chef der Kriminalpolizei, Oberreferentrat Hoppe, und Kriminalkommissar Koppel mit seinen Beamten dorthin. Die Aufnahme des Leichnams ergab jedoch alsbald, daß kein Verbrechen vorliegt.

Kündigung der Massenleistungen in Neustadt. Trotz der übermäßig hohen Lebenshaltung ist in Neustadt der Bedarf der städtischen Volkshäuser in erheblichem Umfang zurückgegangen. Schon im Vorjahre konnte ein von Monat zu Monat anheroderndlich sprunghaftes Zurückgehen der Massenleistungen beobachtet werden, was Veranlassung gab, 8 Köche

aufher Betrieb zu setzen. Im laufenden Jahre ist die Höchstzahl der verabreichten Portionen von 118 700, einschließlich Leistungen der Kinderkollagen im April, bis auf 33 702 im November zurückgegangen. Im Monat Mai 1919 betrug die Zahl der verabreichten Portionen noch 504 058. Die gleiche Erscheinung ist auch in anderen Orten zu verzeichnen.

Die Weihnachtsfeierlichkeiten in der Dichtenberger Köstlichen Bekleidungsstelle in der Frankfurter Allee 87 für alle Einwohner des 17. Berliner Verwaltungsbezirks (Dichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn, Hellersdorf, Wuhlgarten) sind für die Zeit vom 13. Dezember bis 23. Dezember werktäglich auf 6-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags festgesetzt worden. Es werden folgende Gegenstände zum Verkauf bereitgehalten: Männerhüte und Paletots von 150 M., Männeranzüge von 250 M., Frauenanzüge von 165 M., Anabenanzüge von 75 M., Hosen von 65 M., schwarzgefärbte getragene Mäntel von 30 M., Frauenmäntel von 65 M., Frauenhüte von 60 M., Frauenhosen von 54 M. an. Außerdem Unterhosen für Männer und Frauen, Strümpfe für Männer, Frauen und Kinder in verschiedenen Preislagen.

1. Verwaltungsbereich (Mitte). Sehr wichtige Sitzung der kommunalen Obleute und Mitglieder der kommunalen Kommissionen der Distrikte 1 (Stadthg. 1-20, 23, 24), Distrikt 5 (129-144), Distrikt 6 (145-148, 152, 182, 195-198, 200-201), Distrikt 10 (202-210, 223-224, 236-238), Distrikt 11 (211-217, 235-238, 267-272, 278-282), Distrikt 16 (273-276, Freitag, den 13. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, Sophienpark, Gymnasium, Steinstr. 31-34.

4. Verwaltungsbereich (Preussener Loe). Mittwoch, den 15. Dezember, Präzisionsprüfung bei Klumpel, Dunferstr. 83. Erscheinen aller Bezirksverordneten und Obleute der kommunalen Kommissionen ist dringend notwendig.

Das „Zentral-Nachweise-Amt für Kriegerverluste und Kriegesgräber“, das sich zurzeit in der ehemaligen Kriegsakademie in einigen gemieteten Nebengebäuden befindet, soll aus dem Zentrum von Berlin weg und in eine der leerstehenden Kasernen von Spandau verlegt werden. Dieser Plan, der offenbar ganz ausschließlich vom grünen Tisch aus, ohne genügende Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, gefaßt worden ist, muß die größten Bedenken erregen.

Das „Zentral-Nachweise-Amt“ wird zurzeit noch täglich von rund durchschnittlich 100 Personen, zum Zwecke persönlicher Einholung von Auskunft und Rat, aufgesucht, die eigentliche „Auskunftsstelle“ des Amtes von täglich je 50 Personen. Dabei handelt es sich aber meist um Schreibkundige und Kinderbesitzer. Diese durchschnittlich rund 30 000 Personen jährlich müßten also in Zukunft die zeitraubende und kostspielige Fahrt nach Spandau machen, und dort steht ihnen noch ein halbständiger Weg zu der betreffenden Kaserne bevor. Hinzu kommt, daß die durch den Umzug erhofften Ersparnisse sich mit Sicherheit um überwiegenden Teil als irrtümlich erweisen werden. Die Militärkommissionen und diplomatischen Vertretungen der ehemaligen Kriegesgegner Deutschlands haben nach dem Friedensvertrage das Recht, Kraftwagenverkehr nach dem Zentral-Nachweise-Amt zu verlangen, und zwar ab Berlin auf 90 Kilometer Entfernung. Einen Kraftwagen zu unterhalten, kostet in Berlin zur Zeit 100 000-120 000 Mark jährlich. Die erforderlichen 5-7 Kraftwagen werden also die Kosten Deutschlands gehörig belasten.

Die nächsten Veranstaltungen des Köstlichen Volksoberhaltungsvereins in Dichtenberg. Am Freitag, den 17. Dezember, findet ein Rezitationsabend Ludwig Hardis für Inhaber von Vorzugskarten der 1. Abteilung im Jahr-Realgymnasium, Marktstr. 23, statt. Für den Orchesterabend der 3. Abteilung ist wieder das Blüthner-Orchester gewonnen worden, das am 22. Dezember im Festsaal des Realgymnasiums an der Parfaden spielt. Mit dem heiteren Vortragsabend von Josef Plant, der nicht am 20., wie ursprünglich festgesetzt, sondern am 27. Dezember im Jahr-Realgymnasium für die 2. Abteilung stattfindet, schließen dann die Unterhaltungsabende dieses Jahres. Das Programm für die nächsten Veranstaltungen wird demnächst bekannt gegeben. Alle Veranstaltungen beginnen um 7 1/2 Uhr. Eintrittspreis für Inhaber von Vorzugskarten 2 M., für die Einzelveranstaltungen 3,50 M.

Gewerkschaftliches

Die Bremer Metallarbeiter für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale

In einer Mitgliederversammlung der Bremer Metallarbeiter referierte die Genossin Toni Sender unter dem Thema „Moskau oder Amsterdam“ über den kürzlich stattgefundenen Londoner Gewerkschaftskongress. Am Schluß der Versammlung wurde gegen die Stimmen der Alt- und Neukommunisten mit überwiegender Mehrheit folgende Resolution angenommen:

Die Metallarbeiter Bremens verurteilen auf das schärfste die Gründung der Moskauer Gewerkschaftsinternationale als einen weiteren Schritt der Zersplitterung der Arbeiterbewegung. Nicht durch Gründung immer neuer Organisationen, nicht durch würdevolle, auf immer tieferes Niveau herabsinkende Bekämpfung der bestehenden Organisationen, nicht durch den Kampf der Arbeiter unter- und gegeneinander, können wir zum Ziel; sondern dadurch, daß die bestehenden, gewaltigen Organisationen der Arbeiterklasse gestärkt werden, daß wir alle daran mitwirken, die Zentralgewerkschaften zu Industriearbeiterorganisationen auszubauen und sie mit revolutionärem Geist zu erfüllen. Die Agitation von Moskau bricht immer wieder die geschlossene Front der Arbeiter und löst den Kampf des Proletariats. Deshalb ist es die Pflicht eines jeden, den Moskauer Bestrebungen mit allen Kräften und bei jeder Gelegenheit entgegenzuwirken.

Technische Gummiarbeiter Groß-Berlins

Am Donnerstag, den 9. d. M., tagte in den Zentral-Festhallen die sehr stark besuchte Brancherversammlung der technischen Gummiarbeiter Groß-Berlins, die im Fabrikarbeiter-Verband organisiert sind.

Die Branchensektion gab den Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden betr. Lohnzuschläge innerhalb des bestehenden Tarifes.

Nach einer sehr regen und sachlichen Diskussion, in der das Verhandlungsergebnis in Unbetracht der immer höher steigenden Lebensmittelpreise als zu gering kritisiert wurde, ergab die Abstimmung die Annahme der Zuschläge gegen eine starke Minorität.

Die Löhne stellen sich demnach bis auf weiteres, wie folgt: Männliche Arbeiter: 1. Gruppe 6 M., 2. Gruppe 5,75 M., weibliche Arbeiter: 3. Gruppe 4,20 M., 4. Gruppe 4 M., Jugendliche Arbeiter: 5. Gruppe 3,95 M., 6. Gruppe 3,20 M.

Der Schiedspruch im Bankgewerbe

Eine zum Sonntag vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten einberufene öffentliche Versammlung der Bankangestellten befaßte sich mit dem Schiedspruch im Bankgewerbe. Genosse Emonts erörterte den Schiedspruch, der den Forderungen der Angestellten nicht voll entspricht, aber doch gewisse Fortschritte bringt. Bei der Urabstimmung mußten alle Angestellten gewissenhaft prüfen, was sie zu tun hätten. Vom Verbandsrat könne weder Ablehnung noch Annahme empfohlen werden.

Genosse Marx zog anschließend Parallelen zwischen den Gehalts- und Arbeitsbedingungen der deutschen und österreichischen Bankbeamten. Nicht nur bedeutend bessere Gehälter hätten letztere durchgekehrt, sondern diese hätten es vor allen Dingen verdient, daß ein weltgebendes Mindestlohnrecht zu ihrem Nutzen.

Nach den Referaten, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, wurde in der Diskussion von verschiedenen Rednern erklärt, daß der Schiedspruch von jüngeren Angestellten unter keinen Umständen angenommen werden könne.

Die Versammlung beschloß schließlich einstimmig nachstehende Resolution:

Der Allgemeine Verband hält seine Tarifforderungen in vollem Umfange aufrecht. Wenn die Angestellten mit Weisheit zu einer Annahme, der Verband der Benkleitungen jedoch zu einer Ablehnung des Schiedsspruches gelangen sollten, kann der dann unvermeidliche Kampf nur um einen Tarif im Sinne des Allgemeinen Verbandes gehen.

Die Metallindustriellen lehnen Verhandlungen ab

Die Angestellten haben dem Verband Berliner Metallindustrieller, wozu sie nach dem Tarifvertrag berechtigt waren, Forderungen auf Erhöhung der gegenwärtig gezahlten Löhne eingebracht. Jede Hausfrau weiß ohne Prüfung statistischer Unterlagen, in welcher Weise nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel in die Höhe gegangen sind. Der Verband Berliner Metallindustrieller und seine Mitglieder wissen das ansehnlich nicht, oder, wenn sie es wissen, geben sie das nicht zu und lagern, verschiedene Statistiken liegen nicht erkennen, daß die Lebenshaltungskosten seit der letzten Gehaltsregelung so sehr gestiegen seien. Die Angestellten fordern eine 30 prozentige Lohnerhöhung. Den Arbeitern gegenüber hat der Verband Berliner Metallindustrieller die Verzögerung auf Lohnanhebung anerkannt, den Angestellten will man nicht entgegenkommen.

Während der letzten Tarifverhandlungen wiesen die Angestellten bei dem unbedingten Wunsch der Unternehmer darauf hin, daß direkte Verhandlungen wohl kaum zum Ziele führen würden und am besten ein Schiedsgericht entscheiden könnte. Hierin haben die Metallindustriellen die Absicht der Angestellten, „es zum Leubsten kommen zu lassen“. Jetzt lehnen sie selbst nun jede direkte Verhandlung ab und fordern gleich von Anfang an ein Schiedsgericht, erklären aber gleichzeitig daß sie sich von vornherein dem Spruche dieser Schiedsinstanz nicht unterwerfen wollen, sondern sich ihre Stellungnahme vorbehalten. Die Stimmung unter den Angestellten ist eine äußerst erbitterte, und es dürfte wohl hier nach der prosperierenden Haltung der Metallindustriellen ein Kampf unvermeidlich sein. Interessant wird es sein, die Haltung der behördlichen Stellen zu beobachten, die hier eingreifen haben, um eine Erschütterung des Wirtschaftslebens, von der ja in anderen Fällen so oft gesprochen wird, zu vermeiden. Den Angestellten selbst kann nur geraten werden ohne geschlossene Front zu bilden. Die Haltung der Arbeiter läßt erkennen, daß sie gewillt sind, wie im April 1919 auch diesmal den Angestellten ihre Solidarität zu beweisen. Wenn neuzeit bürgerliche Blätter von einem Kampf in der Metallindustrie schreiben, so kann jetzt festgestellt werden, daß die Angreifenden auch hier wieder die Unternehmer sind.

Buchdrucker!

Die Düsseldorf Kollegen stehen nach wie vor im Streik. Er hat in den letzten Tagen eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Unsere Pflicht ist es, die im Kampf stehenden

Kollegen zu unterstützen. Wir appellieren deshalb nochmals an euer Solidaritätsgefühl und fordern hiermit auf, neue Sammlungen in den Betrieben einzuleiten und am Sonntag, den 18. Dezember, bei Baum, Stallfischerstraße 47, ab 4 Uhr, abzurechnen.

Es gingen an weiteren Sammlungen ein:

E. Hartmann 70 M.; Drucker Helios 62 M.; Ditsch Erben 78 M.; Steglitzer Anzeiger 56 M.; Büxenlein, 2. Samml. 147 M.; Karl; Ulla Fieischer-Zeitung 72,50 M.; Riefental, Junge 32 M.; Karl; Globus-Druckerei 69,50 M.; Schöneberger Tageblatt 37 M.; Stempel-Fabrik Wukig 10 M.; Steglitzer Anzeiger 62 M.; N. Behrend Nachf. 100 M.; Märk. Buch- und Kunsthandlung 30 M.; Ferd. Koblentz 157 M.; Ugen, 20 M.; P. Herm. Schulze 22 M. Summa 1035 M. Ingesamt 4610 M.

„Victoria“-Versicherung

Auf Betreiben der Vorsteher der Inkassostellen arbeiten nunmehr einige Hebervertreter ohne garantiertes, festes Einkommen für die Victoria-Versicherung. Von diesen Leuten werden Gerüchte in die Welt gesetzt, daß die entlassenen Einnehmer arbeitslos sind und so viel Geld haben, daß sie auf Arbeit nicht mehr angewiesen sind. Die entlassenen Einnehmer erklären nochmals, daß ihre Entlassung erfolgt ist, weil die Direktion der Victoria den Betrieb eingestellt habe, was sich als nicht den Tatsachen entsprechend herausstellte.

Der Hauptgrund, die Einnehmer zu entlassen, war die Vereitelung des Tarifvertrages nebst Mitbestimmungsrecht und die achtstündige Arbeitszeit und gleichzeitig die Zertrümmerung der Organisation.

Die eingestellten Hebervertreter bestehen weder Gehalt, noch haben sie Anspruch auf irgendwelche sozialen Rechte, wie Krankenunterstützung, Urlaub und geregelte Arbeitszeit, und sind nur auf das bekannte Wohlwollen der Direktion und der Vorsteher der Victoria-Versicherung angewiesen. Wie weit das Wohlwollen dieser Herren geht, kann man daraus erkennen, daß sie immer noch nicht gewillt sind, den entlassenen Einnehmern die ihnen durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin und das Urteil des Gewerbegerichts zugesprochene Entschädigung zu zahlen.

Achtung! Verkehrs-Betriebsräte Kurses. Der Unterricht über Betriebswesen muß am Donnerstag, den 18. d. Mts., infolge dringender Verhinderung des Dozenten ausfallen. Er wird am Donnerstag, den 23. Dezember, fortgesetzt, und zwar in der Zeit von 7.30 bis 9.30 abends.

Post- und Telegraphenbeamte und Beamtinnen. Große öffentliche Versammlung Freitag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, Brauerei Hoppoldt, Hasenheide 32-38: „Ein Ausweg aus unserer Notlage“.

Holzarbeiter! Durch Vergleich sind die Differenzen bei der Firma Maschinenfabrik Reutköhn, jetzt „Berliner Holzindustrie“,

beigelegt worden. Sämtliche Arbeiter werden wieder eingestellt. Somit ist die verhängte Sperre wieder aufgehoben!

Aus den Organisationen

Der Frauenbildungskursus im Abgeordnetenhaus findet diesen Monat nicht mehr statt. Am 6. und 18. Januar spricht Gernsb über praktische Armenpflege.

4. April. Donnerstag abends 7 Uhr Generalversammlung bei Baumgarten, Schöneberg. 7. Legation: Vortrag über Sozialversicherung (Referent: H. Richter). 11. April. Donnerstag abends 7 Uhr Abrechnung der Abteilungsleiter bei Baumgarten. 8. April. 13. April. Freitag, 15. April. 17. April. 18. April. 19. April. 20. April. 21. April. 22. April. 23. April. 24. April. 25. April. 26. April. 27. April. 28. April. 29. April. 30. April.

8. April. Donnerstag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von Frau Hahn, Schöneberg. 18. Abrechnung der Abteilungen, Fortbildung und Weiterbildung. Die Monatsabrechnung der Arbeiter unserer Arbeitsstellen werden dabei am Sonntag, den 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Halle der Reichshaus, Kaiser Str. 8, halt. Gäste sind willkommen.

8. April. Arbeitslose Genossen setzen sich bei ihren Abteilungsleitern zum Wechselseitigen Besuche bis Donnerstag, den 18. Dezember, melden. - Arbeiter-Komitee. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

10. April. Donnerstag abends 7 Uhr Versammlung der kommunalen Kommittees. 11. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

12. April. Donnerstag abends 7 Uhr Versammlung der kommunalen Kommittees. 13. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

14. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

15. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

16. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

17. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

18. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

19. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

20. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

21. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

22. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

23. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

24. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

25. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

26. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

27. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

28. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

29. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

30. April. Donnerstag abends 7 Uhr findet bei Schreiber, Volkstheater, eine Sitzung statt. Erscheinung dringend notwendig.

Vereinskalender

Lehrverein „Die Naturfreunde“, Groß-Berliner Ortsgruppe. Am Mittwoch, den 17. Dezember, findet die Generalversammlung bei Baumgarten, Schöneberg, statt. 18. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von Frau Hahn, Schöneberg. 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Halle der Reichshaus, Kaiser Str. 8, halt. Gäste sind willkommen. 20. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von Frau Hahn, Schöneberg. 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Halle der Reichshaus, Kaiser Str. 8, halt. Gäste sind willkommen. 22. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von Frau Hahn, Schöneberg. 23. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Halle der Reichshaus, Kaiser Str. 8, halt. Gäste sind willkommen. 24. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von Frau Hahn, Schöneberg. 25. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Halle der Reichshaus, Kaiser Str. 8, halt. Gäste sind willkommen. 26. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von Frau Hahn, Schöneberg. 27. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Halle der Reichshaus, Kaiser Str. 8, halt. Gäste sind willkommen. 28. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von Frau Hahn, Schöneberg. 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Halle der Reichshaus, Kaiser Str. 8, halt. Gäste sind willkommen. 30. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von Frau Hahn, Schöneberg.

Advertisement for MASSARY Zigaretten. Includes a leaf illustration and the text: 'Eine besondere Weihnachts-Freude! MASSARY Zigaretten'.

Advertisement for B-FEDER. Features an illustration of a man in a hat and text: 'Große Weihnachts-Messe auf Teilzahlung... B-FEDER'.

Advertisement for Freiheit-Leser. Text: 'Freiheit-Leser erhalten als Weihnachtspräsent den Ledebour-Prozess statt 36 Mk. für 25 Mk.'.

Advertisement for Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg., e. G. m. b. H. Text: '20 Waggons billige Lebensmittel zur Verteilung: Palmbutter, Kokosfett, Reines Schweineschmalz, Margarine, Oldenburger Hartkäse'.

Advertisement for Schuhfabrik „OCA“. Text: 'Sie sparen Geld! Damen-, Herren-, Damen- u. Herren-Schuhe... Schuhfabrik „OCA“'.

Advertisement for Kupfer u. Silber. Text: 'Kupfer u. Silber... Kupfer u. Silber'.

Advertisement for Brennstoffe. Text: 'Brennstoffe... Brennstoffe'.

Advertisement for Gold- and Silber- u. Platin-Bruch. Text: 'Gold- Silber- u. Platin-Bruch... Gold- Silber- u. Platin-Bruch'.

Advertisement for Achtung! Altmetalle. Text: 'Achtung! Altmetalle... Achtung! Altmetalle'.

Advertisement for Ratzlaff & Zimmer. Text: 'Ratzlaff & Zimmer... Ratzlaff & Zimmer'.

Advertisement for Stoffe. Text: 'Stoffe... Stoffe'.

Advertisement for Altmetalle. Text: 'Altmetalle... Altmetalle'.

Advertisement for Technisch begabte Jungen. Text: 'Technisch begabte Jungen... Technisch begabte Jungen'.